

info

01/2016

Sehnsüchte und Realitäten

Schwerpunkt

Die Rolle hat sich gewandelt –
Lateinamerika in einer globalisierten Welt

politik für europa #2017plus

Lösungssuche noch sehr überschaubar –
Flüchtlingskrise als Herausforderung für die
Europäische Union

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus

Der Wert gleicher Lebensverhältnisse –
neues Wachstum durch gestaltende Wirtschafts-
und Finanzpolitik



SCHWERPUNKT SEHNSÜCHTE UND REALITÄTEN

- 3 **Die Rolle hat sich gewandelt**
Lateinamerika in einer globalisierten Welt
- 5 **Der »linke« Kontinent?**
Sehnsüchte und Realitäten Lateinamerikas
- 7 **Ein Debattenmagazin im Wandel der Zeit**
Die Nueva Sociedad
- 9 **Kleines Land – großer Player**
Costa Rica und das Waffenhandelsabkommen
- 10 **Das Scheitern der Prohibition**
Für eine menschliche Drogenpolitik – auf beiden Seiten des Atlantiks
- 11 **Lateinamerika als Dialogpartner für Deutschland**
Auszüge aus einem Interview mit Michael Sommer, stellv. FES-Vorsitzender
- 12 **»Global Shift« auch in der Automobilindustrie**
Herausforderungen für die globale Gewerkschaftszusammenarbeit
- 14 **Impulsgeber**
Sozial-ökologische Transformationen in Lateinamerika
- 14 **Gestaltung des Übergangs**
Kuba im Reformprozess
- 16 **Stürmische Zeiten in Brasilien**
Lula zu Gast in Berlin

PROJEKTE

politik für europa #2017plus

- 19 **Lösungssuche noch sehr überschaubar**
Flüchtlingskrise als Herausforderung für die Europäische Union
- 20 **»Nicht immer, wenn das Volk zusammenkommt, ist das Demokratie«**
Gespräch mit Prof. Dr. Emanuel Richter
- 21 **Fünf Tage Europa**
Europakonferenz der Stipendiatinnen und Stipendiaten
- 22 **Der Fall Ungarn**
Wie reagiert die Europäische Union auf Rechtspopulismus?
- 23 **Die freundliche Avantgarde des Leninismus**
Podemos und die Folgen für Spanien
- 24 **Vom Motor zur Bremse?**
Die EU und die Gleichstellungspolitik
- 25 **Europa. Und was hab ich damit zu tun?**
Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus

- 27 **Der Wert gleicher Lebensverhältnisse**
Neues Wachstum durch gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik
- 28 **Lebensqualität und Gerechtigkeit**
Suche nach einer neuen Stadtteilpolitik
- 28 **Deutschland braucht Einwanderung**
Gastbeitrag
- 29 **Vielfalt nimmt zu**
Zuwanderung dämpft Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung
- 30 **Wirtschaft fair gestalten**
Zur Durchsetzung von Verbraucherrechten
- 31 **Das Prinzip der »Solidarischen Flexibilität«**
Denkraum »Arbeit – Leben – Fortschritt«
- 32 **Den digitalen Wandel vermessen**
Die #DigiKon15
- 34 **Auf dem Weg nach Paris**
Simulation der UN Klimakonferenz 2015

NOTIZEN

- 36 Notizen
- 40 Leseempfehlungen

Liebe Leserin, lieber Leser

Es sind seine bildersatten Utopien und Mythen in Literatur und Politik, mit denen **Lateinamerika** auch in Europa seit jeher Faszination auslösen kann. Auch heute prägen charismatische Figuren wie der ehemalige Gewerkschafter und Präsident Brasiliens, Lula da Silva, oder Populisten wie der 2013 verstorbene Hugo Chavez das Bild Lateinamerikas in den deutschen Medien. Doch hinter diesen Bildern ist die politische Realität Lateinamerikas weitaus differenzierter und auch nüchterner.

Einen Blick in diese Gegenwart des Kontinents will der Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe des »info« ermöglichen. Denn bisweilen gibt es Stimmen, die einen Mangel an internationaler Anteilnahme am politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und literarischen Geschehen in Lateinamerika beklagen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung engagiert sich dagegen seit vielen Jahrzehnten dafür, zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika beizutragen.

Ob innovative Teilhabeformen, Transparenz in Entscheidungsprozessen, Gendergleichheit, neue Bürgerrechte, Friedenspolitik, Sozialpolitik oder alternative Drogenpolitiken: Konkrete Punkte für einen lebendigen Austausch gibt es genug. In diesem Heft finden Sie Analysen und Beiträge über das breite Spektrum der Themen, die unsere Arbeit in Lateinamerika prägen.

Die Europäische Union befindet sich angesichts der umstrittenen Flüchtlingspolitik in einer ernsthaften Krise. Die Berichte aus unserem Projekt **»politik für europa #2017plus«** widmen sich daher den Herausforderungen an Europas Gesellschaften, die in unseren Aktivitäten widergespiegelt und angenommen werden. So entwickelte beispielsweise eine Europakonferenz unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten Sichtweisen und Positionen, die zwischen utopischer Theorie und realpolitischer Brille oszillieren.

Gleichheit der Lebensverhältnisse, Gleichheit der Chancen, Entwicklungsperspektiven und die Durchsetzung eigener Rechte, dies sind die Ansprüche, denen eine wahrhaft gute Gesellschaft genügen muss.

Das Heft stellt mit Beispielen aus unserem Projekt **»gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus«** vor, wie dort Ideen gebündelt und Vorschläge an die Politik entwickelt werden.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.
Die »info«-Redaktion



Bilder Lateinamerikas –
Faszination und Wirklichkeit

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228_883-0 | presse@fes.de
www.fes.de

Redaktion (Text)

Peter Donaiski, Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Tel. 030_269 35-7038
Fax 030_269 35-9244
peter.donaiski@fes.de

Redaktion (Bild)

Katja Ulanowski, Kommunikation
und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228_883-7036
Fax 0228_883-9207
katja.ulanowski@fes.de

Layout und Satz

NORDSONNE IDENTITY

Druck

Druckerei Brandt GmbH

Bildnachweis

Guillaume Baviere CC BY 2.0: S. 14–15
Jorge Dávalos: S. 7
DGB/Plambeck: S.11
dpa: S. 2–3, 16–17, 18–19, 22, 23, 24,
26–27
dpa-Report: S. 25
Wolfram Eberius CC BY-ND 2.0: S. 30
FES: S. 17, 21
Silvia Jacoboni: S. 8
Ariana Jenik: S. 7
nordsonne: S. 7
picture alliance: Titel
picture alliance/AP Photo: S. 10
picture alliance/Ulrich Baumgarten: S. 10
picture alliance/Bildagentur-online: S. 4
picture alliance/dpa-Zentralbild: S. 29
picture alliance/Süddeutsche Zeitung
Photo: S. 28
Danny Prusseit : S. 32, 33, 34
Daniela Rico: S. 8
Jens Schicke: S. 3

ISSN 0942-1351

Sehnsüchte und Realitäten



Die Rolle hat sich gewandelt

Lateinamerika in einer globalisierten Welt

Von Svenja Blanke

Lateinamerika sucht zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen eigenen Weg in der globalisierten, interdependenten und rasanter gewordenen Welt. Dieser Weg ist weder vorbildhaft noch katastrophal. Er ist bestückt mit positiven Wegmarken, mit Lücken und Schlaglöchern, mit interferierenden Pfaden und Abzweigen. Er kann sich im Vergleich zur Vergangenheit unabhängiger von den politischen Krisen in und um Europa entwickeln.

Der lateinamerikanische Schriftsteller Gabriel García Márquez beschwor in seiner Dankesrede für den Literaturnobelpreis 1982 die politische Einsamkeit Lateinamerikas. Europa würde die Originalität der lateinamerikanischen Literatur und Kultur feiern, aber die politische Kultur abschätzig beäugen.

Eine kluge Kennerin Lateinamerikas, die Literaturwissenschaftlerin Michi Strausfeld, schrieb erst kürzlich, dass sich seit jenen Kalten-Kriegs-Tagen an der Einsamkeit und Wahrnehmung kaum etwas geändert habe – dass »die internationale Anteilnahme am politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und literarischen Geschehen in Lateinamerika« gegen Null tendiere.

Dabei hat sich seit 1982 vieles für Lateinamerika verändert. Nach dem Kalten Krieg, der für Lateinamerika Stellvertreterkriege und Diktaturen bedeutete, und nach der Zeit der neoliberalen Vorzeigeprojekte, in denen sich der lateinamerikanische Staat fast bis zur Unkenntlichkeit auflöste und die traditionell bereits große Kluft zwischen Habenden und Nicht-Habenden neue Weltrekorde brachte, begann im neuen Jahrtausend für viele Länder eine bis dahin unbekannte Phase von Wirtschaftswachstum, ausgleichender Sozialpolitik und einer sich verfestigenden demokratischen Entwicklung.

Bewegungen und Proteste gegen Eliten und bestehende Strukturen spielten traditionell und vermehrt in den letzten Jahren eine entscheidende Rolle in der demokratischen Entwicklung der Region.

Lateinamerikas Erfahrungen mit Finanzkrisen und als traditionelle Einwanderungs- und Migrationsregion können den europäischen Dialog über strukturelle Herausforderungen in einem neuen geopolitischen Umfeld beleben.

Institutionelle Rahmenbedingungen sind häufig defizitär

Viele, vor allem progressive Regierungen stießen einen Ausbau der Demokratien Lateinamerikas durch neue Sozialprogramme oder neue verfassungsrechtliche Grundlagen für die Anerkennung individueller und teilweise auch kollektiver Rechte an. Doch die institutionellen Rahmenbedingungen, gerade auf kommunaler Ebene und abseits der Hauptstädte, sind und bleiben häufig defizitär. Traditionelle Hierarchien in öffentlichen und privaten Lebensbereichen bleiben bittere Realität. Große Länder wie Argentinien, Brasilien oder Chile haben Präsidentinnen vorzuweisen, doch von gleichberechtigter Teilhabe von Frauen kann keine Rede sein.

Lateinamerikas und Europas Rollen in der Welt haben sich seit den 1990er Jahren stark gewandelt. Spricht man von den Beziehungen der beiden Regionen, musste traditionell immer auch ein dritter Spieler berücksichtigt werden: die USA. Heute gibt es auch noch einen vierten: China. Man konkurriert um politischen Einfluss und Marktanteile. Die EU ist zwar noch immer der größte ausländische Investor in Lateinamerika und der zweitgrößte Handelspartner. Doch alle Staaten Lateinamerikas exportieren vermehrt in den asiatischen und pazifischen Wirtschaftsraum. So lieferte Brasilien 2010 fast dreimal so viele Waren nach Asien wie noch zehn



Jahre zuvor. China ist Hauptabnehmer vieler Rohstoffe der Region, das Interesse Chinas an großen Infrastrukturprojekten in der Region steigt. Die Folge: Chinas wirtschaftlicher Einfluss auf Südamerika wächst – mit rasantem Tempo. Im Gegensatz dazu stagnieren Europas Anteile am lateinamerikanischen Export oder nehmen gar ab.

In Europa hat die Finanzmarktkrise in vielen Ländern schwere Wirtschaftskrisen ausgelöst, auch demokratische Werte stehen durch die Folgen der Finanzkrise unter Druck.

Europas offene Gesellschaften werden durch Radikalisierung und Extremismus herausgefordert. Lateinamerikas Erfahrungen mit Finanzkrisen und als traditionelle Einwanderungs- und Migrationsregion können den europäischen Dialog über strukturelle Herausforderungen in einem neuen geopolitischen Umfeld beleben. Soziale Ungleichheit, Unsicherheit und Gewalt, durch Rohstoffabhängigkeit vernachlässigte Innovationen und Investitionen in Bildung und Ausbildung sind die großen Entwicklungshemmnisse Lateinamerikas. Autoritäre Entwicklungen wie in Venezuela, von organisierter Kriminalität durchdrungene staatliche Institutionen und Gesellschaft wie in Mexiko oder das Fortbestehen oligarchischer Wirtschaftsstrukturen wie in Honduras untergraben die lateinamerikanischen Demokratien. Seitdem die Rohstoffpreise sinken, wackelt auch wieder das rohstoff-abhängige Wachstum des Subkontinents. Sozialpolitische Initiativen reichen nicht, um Umverteilung und zukunftsorientierte Beschäftigung und Wohlstand zu generieren. Gleichzeitig schaffen der zwischenstaatliche Frieden, die Konsolidierung der Demokratien, eine sehr aktive Zivilgesellschaft und zurückgehende Armut ausgezeichnete Voraussetzungen, um die enormen Probleme der Region zu lösen.

Und im Jahr 2016 sind sich die Bürgerinnen und Bürger ihrer Rechte und Möglichkeiten bewusster denn je zuvor; die vielen Demonstrationen von Chile bis Mexiko sind nicht allein der verzweifelte Ruf nach einer rettenden Hand. Sie fußen auf demokratischem Bewusstsein und auf einer Frust-

ration mit stagnierenden Defiziten im Bildungs- oder Infrastrukturbereich, die uns in Europa nicht fremd ist.

Die Auseinandersetzung mit Diktaturerfahrungen und Menschenrechtsverletzungen ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für die Konsolidierung der Demokratie. Verschiedene Länder der Region stellen sich vermehrt ihrer autoritären Vergangenheit. Kolumbien wiederum scheint einem inneren Frieden nach über 50 Jahren Bürgerkrieg näher denn je. Der Abschluss der Verhandlungen zwischen Regierung und der Guerilla ist für 2016 angekündigt. Nach der Unterzeichnung und demokratischen Legitimierung des Friedensabkommens fängt der Friedensprozess im weiteren Sinne jedoch erst richtig an. Die extremen sozialen Ungleichheiten müssen abgebaut, der Rechtsstaat muss in allen Regionen des Landes garantiert werden.

Auch an solche Herausforderungen knüpft die Arbeit der FES in Lateinamerika an. Ob auf nationaler Ebene oder regional, in Fortbildungsprogrammen, Fachgesprächen oder Beratungseinsätzen fördert die FES progressive Ideen, Analysen und Ansätze zu den genannten Entwicklungshemmnissen: eine Abkehr vom erfolglosen Krieg gegen die Drogen, eine auf Ausgleich mit Mensch und Umwelt bedachte Wirtschafts- und Handelspolitik, ein dynamischer Arbeitsmarkt, der die Rechte von Arbeitnehmer_innen schützt, Demokratien, die Checks und Balances umsetzen und Beteiligungsrechte erweitern. Parteien aus dem Mitte-Links-Spektrum und demokratische Gewerkschaften gehören traditionell zu den Hauptpartnern der FES.

Die gemeinsame Werte- und Interessensbasis sozialdemokratischer und progressiver Kräfte in Europa und Lateinamerika ist schließlich besonders geeignet, die sozial gerechte und nachhaltige Gestaltung globaler Prozesse voranzutreiben. ●

Dr. Svenja Blanke ist Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik.

Der »linke« Kontinent? Sehnsüchte und Realitäten Lateinamerikas

Von Claudia Detsch

Seit rund einem Jahrzehnt wird Lateinamerika mehrheitlich links regiert; prominenteste Ausnahmen stellen Mexiko und Kolumbien dar. In Reaktion auf die desaströsen Auswirkungen der neoliberalen Ära der neunziger Jahre und der damit einhergehenden Privatisierungs- und Flexibilisierungswelle stand für die linken Regierungen die soziale Frage im Vordergrund. Und auf diesem Feld haben sie geliefert. Zwei Bereiche waren hier zentral: die Sozialpolitik und die Arbeitsmarktpolitik. Zumindest in den Staaten des Cono Sur wurden die Rechte der Arbeitnehmer_innen konsolidiert und die gewerkschaftlichen Organisationen gestärkt. Zudem wurde das Lohnniveau angehoben. Das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit wurde wieder hergestellt. In der Folge reduzierten sich sowohl die Arbeitslosigkeit als auch der Anteil informeller Beschäftigungsverhältnisse. Die Armut in der Region wurde signifikant reduziert – zentrale Instrumente waren hier die Anhebung der Mindestlöhne, weitreichende Sozialprogramme sowie die Ankurbelung des heimischen Konsums. Zudem wurden im hohen Umfang Beschäftigungsverhältnisse im formalen Sektor geschaffen. Die progressiven Regierungen der Region unterhalten ein gutes Verhältnis zu den Gewerkschaften (Ausnahmen sind hier Venezuela und Ecuador); sie gelten diesen als Verbündete beispielsweise innerhalb der G20 und der ILO. Arbeitnehmer_innen verfügen heute über bessere Möglichkeiten, neoliberaler Anpassungspolitik zu widerstehen und ihre gewonnenen Rechte zu verteidigen. Die soziale Lage hat sich für die meisten Südamerikaner_innen im letzten Jahrzehnt entsprechend verbessert.

Es herrscht kein Klima für Privatisierungen

Die linken Regierungen haben die Rolle des Staates wieder gestärkt. In der Folge hat sich in den lateinamerikanischen Gesellschaften ein neues Selbstverständnis herausgebildet – selbst wenn in naher Zukunft konservative oder wirtschaftsliberale Kräfte in verschiedenen Ländern die Regierung

Obwohl der Frust der Bevölkerung über Korruption und mangelnde staatliche Dienstleistungen wächst, ist die Demokratie aber deswegen nicht ernsthaft in Gefahr.

übernehmen, werden sie nicht umstandslos hinter die Erungenschaften der letzten Dekade zurückfallen können. Es herrscht kein Klima für Privatisierungen oder umfangreiche Kürzungen der Sozialprogramme. Ähnliches gilt für die neuen Bürgerrechte, die etwa für indigene Bevölkerungsgruppen in Bolivien, für LGBTI in Argentinien oder für Hausangestellte in Uruguay etabliert wurden. Diese Maßnahmen haben zur Demokratisierung der Gesellschaften beigetragen. Einst sozial marginalisierte Gruppen haben an gesellschaftlicher Aufmerksamkeit gewonnen. In vielen Ländern wurde zudem die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen

Kampf gegen Steuerschlupflöcher

Von Astrid Becker

Dank zahlreicher legaler Schlupflöcher zahlen internationale Unternehmen trotz hoher Gewinne kaum Steuern. Aktuell entgehen allein den Ländern Lateinamerikas nach Schätzungen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) jährlich ca. 150 Milliarden US-Dollar Steuereinnahmen.

Die OECD-Staaten haben vor zwei Jahren eine Studie über Steuervermeidung und Gewinnverlagerung in Auftrag gegeben, deren Ergebnis auf dem Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Lima vorgestellt und verabschiedet wurde.

In dessen Rahmen organisierte die FES gemeinsam mit der Independent Commission for the Reform of Inter-

national Corporate Taxation eine Diskussionsrunde, um die Gestaltung eines fairen internationalen Systems zur Unternehmensbesteuerung zu skizzieren. Neben Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz sowie dem kolumbianischen Finanzminister a.D., José Antonio Ocampo, diskutierten Vitor Gaspar, Direktor des Fiscal Affairs Department des IWF, Pascal Saint-Amans, Direktor des Zentrums für Steuerpolitik und Verwaltung der OECD, Alicia Barcena, Leiterin der CEPAL, sowie die Direktorin von Oxfam, Winnie Byanyima. Die Moderation hatte Shawn Donnan von der »Financial Times« übernommen.

Astrid Becker ist Büroleiterin der FES in Peru.

während der Diktatur angegangen. Auch hier können konservative und rechte Regierungen in Zukunft nicht wieder hinter das Erreichte zurückfallen. Nicht zuletzt im Bereich der Medien-Gesetzgebung ist die Bilanz positiv. Der Einfluss von Medien-Konglomeraten wurde beschränkt, die einschlägigen Regelungen an die gesellschaftspolitischen und technologischen Entwicklungen angepasst und der Zivilgesellschaft breite Mitwirkungsoptionen über Lizenzen etc. eingeräumt. Das Recht der Meinungsfreiheit ist heute im bürgerlichen Bewusstsein fest verankert. Obwohl der Frust der Bevölkerung über Korruption und mangelnde staatliche Dienstleistungen wächst, ist die Demokratie aber deswegen nicht ernsthaft in Gefahr. Lateinamerika ist heute demokratisch konsolidiert oder im Prozess der Konsolidierung – Ausnahmen bilden hier Kuba und Venezuela. Zwar sind zahlreiche demokratische Institutionen noch immer schwach, die Rechtsstaatlichkeit keineswegs überall durchgesetzt, die organisierte Kriminalität eine Gefahr nicht nur für die öffentliche Sicherheit, sondern auch für die staatlichen Institutionen. Doch der weltweite Trend zum Anstieg gescheiterter Demokratien ist in der Region nicht zu verzeichnen.

Und auch auf dem Feld der Außenpolitik ist die Bilanz positiv. Der Grad an außenpolitischer Souveränität ist höher als je zuvor in der Geschichte. Die außenpolitischen Beziehungen wurden diversifiziert, der Süd-Süd-Dialog intensiviert. Das konservative Lager dagegen verharrt in alten Denkmustern und bleibt weiterhin weitgehend auf die USA und in geringem Maße Europa ausgerichtet. Allerdings könnte und müsste Lateinamerika sich stärker einbringen, wenn es um die Lösung globaler Konflikte und Herausforderungen geht. Dazu wäre zunächst einmal ein intensiverer regionaler Dialog über globale Fragen vonnöten. Die Positionen der Regierungen liegen häufig gar nicht so weit auseinander, aber die gemeinsame Artikulation fehlt und damit auch die Durchschlagskraft. Hier müsste Brasilien stärker vorangehen; angesichts der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Krise dort ist dies aber nicht wahrscheinlich.

Ursachen der derzeitigen Schwierigkeiten liegen tiefer

Nicht nur in Brasilien droht der Linken Ungemach. Ursächlich dafür ist vordergründig eines der zentralen Versäumnisse aller Regierungen der Region, ganz gleich, ob sie nun linker oder konservativer Herkunft sind: Das traditionelle rohstoffbasierte und exportorientierte Wirtschaftsmodell wurde nicht nur beibehalten, es wurde zudem noch intensiviert – die hohen Weltmarktpreise waren zu verlockend. Zwar haben die linken Regierungen immerhin die Souveränität über die eigenen Bodenschätze gewonnen. Diversifiziert aber wurden die Volkswirtschaften nicht. Entsprechend sorgen die niedrigen Weltmarktpreise derzeit für leere Kassen in der Region. Doch die Ursachen der derzeitigen Schwierigkeiten der linken Regierungen liegen tiefer. Eine Etappe geht zu Ende – die post-neoliberale Agenda als Reaktion auf die tiefe Krise zu Beginn des neuen Jahrtausends haben die linken Regierungen weitgehend erfüllt. Doch nun fehlt die Orientierung, wie es weitergeht in einer zweiten Phase dieser Transformation und was das zentrale linke Projekt der Zukunft ausmacht. ●

Claudia Detsch ist Direktorin der Zeitschrift »Nueva Sociedad« der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Buenos Aires, Argentinien.

Ein Debattenmagazin im Wandel der Zeit Die »Nueva Sociedad«

Von Svenja Blanke und Claudia Detsch



Das Jahr 1972 – es herrscht Kalter Krieg. Der Ost-West-Konflikt unter dem atomaren Patt wird mit allen Mitteln geführt – und in allen Weltgegenden. In Deutschland ist Willy Brandt Bundeskanzler und setzt mit der »Ostpolitik« auf Entspannung in Europa. In der sogenannten »Dritten Welt« suchen nationale Befreiungsbewegungen einen Weg aus ihrer Abhängigkeit von den westlichen Industrienationen und werden selber in den Konflikt gezogen. Statt einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung« bekommen sie die Hallstein-Doktrin, Stellvertreterkriege und Diktaturen als Bollwerk gegen den kommunistischen Hegemonieanspruch. Wieder ist es Willy Brandt, der den Blick auf die wachsenden Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd schärft. Er warnt vor einem Nord-Süd-Konflikt und wirbt für eine gerechtere Verteilung der weltweiten Ressourcen. Wenig später erscheint der Bericht »Die Grenzen des



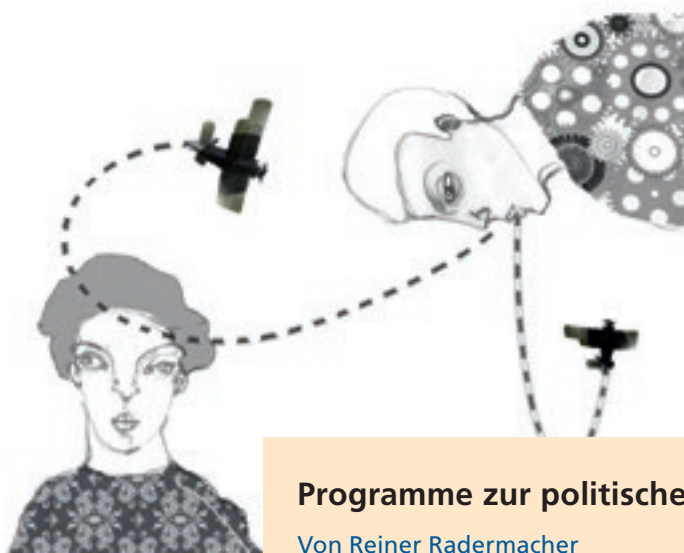
Wachstums« des Club of Rome. Aus der Entwicklungshilfe wird die Entwicklungszusammenarbeit und der politische Dialog.

In Costa Rica gründet die Friedrich-Ebert-Stiftung 1972 die Zeitschrift »Nueva Sociedad«; wenige Jahre später zieht sie nach Venezuela um. Costa Rica und Venezuela sind damals die einzigen stabilen Demokratien in der Region. In Nicaragua herrscht Anastasio

Somoza, in Paraguay Alfredo Stroessner, und während die kubanische Revolution sich konsolidiert, beginnen Diktaturen den gesamten südamerikanischen Subkontinent zu überziehen.

Gleichzeitig wird um politische Modelle, Entwicklungswege, ideologische Prämissen und vor allem um die Frage gestritten: Führt der Weg Lateinamerikas zu wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und politischer Freiheit notwendigerweise über die Revolution?

Die Autor_innen in »Nueva Sociedad« sind Politiker_innen und Intellektuelle aus allen Ländern Lateinamerikas – auch Vertreter politischer oder gewerkschaftlicher Organisationen, oft schreiben sie anonym. »Nueva Sociedad« entwickelt



Junge lateinamerikanische Künstler werden von der Redaktion der Nueva Sociedad eingeladen, zu den Schwerpunktthemen der Hefte Karikaturen zu erstellen. U. a. Ariana Jenik (S. 7 oben), Jorge Dávalos (S. 7 oben), Daniela Rico (S. 8 oben) und Silvia Jacoboni (S. 8 unten).

Programme zur politischen Nachwuchsförderung

Von Reiner Radermacher

sich zu einer bedeutenden regionalen Plattform für eben jene Stimmen, die in ihren Ländern nicht gedruckt werden können. Die Autoren diskutieren den Weg zu Demokratie und wirtschaftlicher Unabhängigkeit mit einem klaren Feindbild: Diktaturen und Imperialismus.

Differenzierte Blicke auf konkrete Defizite

Bis heute, über 40 Jahre nach ihrer Gründung, hat es die Zeitschrift auf 260 Ausgaben gebracht. Der Kampf um die Demokratie ist gewonnen, aber wirtschaftliche Entwicklung, die Überwindung der unfassbaren sozialen Ungleichheit und die Vertiefung oder Festigung der Demokratien stehen noch aus. Seit 2005 ist die Redaktion der Zeitschrift in Buenos Aires angesiedelt. Heute spiegelt sie eine breite Debatte innerhalb des politischen Mitte-Links-Spektrums um Entwicklungsalternativen und politische Reformen wider. Nicht Gut und Böse stehen sich gegenüber, sondern differenzierte Blicke auf konkrete Defizite in der institutionellen und demokratischen Entwicklung, auf politische und soziale Bewegungen oder engagierte Debatten über die politische Zukunft Lateinamerikas. Eine Umfrage aus dem Jahr 2013 unter lateinamerikanischen Expert_innen ergab, dass »Nueva Sociedad« zu den drei bedeutendsten

Trotz aller Unterschiede in ihrer programmatischen Ausrichtung teilen die progressiven Parteien Lateinamerikas charakteristische Schwächen. Dazu zählt auch der geringe Zugang zur jungen Generation. Die Mehrzahl der FES-Büros hat daher Programme zur politischen Nachwuchsförderung aufgelegt. Jugendliche und Parteien sollen einander nähergebracht und die schon parteipolitisch Aktiven in die Lage versetzt werden, ihre Vorstellungen und Forderungen in die eigene Partei hineinzutragen.

Die Jugendarbeit der FES in Lateinamerika zielt auch auf die Förderung des Dialogs zwischen »alter« und »neuer« Jugendbewegung, die Zusammenarbeit mit innovativen Kräften und

die systematische Nutzung alternativer Aktionsformen.

So hat die FES bereits 2010 ein internationales Forum für junge Führungskräfte fortschrittlicher Parteien Lateinamerikas geschaffen, an dem auch Vertreter_innen aus Deutschland teilnehmen. Die beiden letzten Sommerschulen beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit den Themen »Demokratie und Nachhaltigkeit« (2014 in Mexiko) sowie »Drogenpolitik« (2015 in Ecuador); die nächste wird unter dem Arbeitstitel »Wirtschaftsmodell der Zukunft« vorbereitet und im Mai 2016 in Argentinien stattfinden.

Reiner Radermacher ist Büroleiter der FES in Chile.

Zeitschriften der Region zum Thema »Internationale Beziehungen« gehört.

Die Zeitschrift ist akademisch genug für ein wissenschaftliches Publikum und zugänglich genug für die breite, interessierte Öffentlichkeit. Artikel, Analysen, Studien, Interviews, Video-Statements, Blogs und Chroniken erschließen über das digitale Angebot auch neue Nutzerkreise und ermöglichen eine aktuelle Debatte global bedeutsamer Ereignisse. ●

→ <http://nuso.org/>



Kleines Land – großer Player

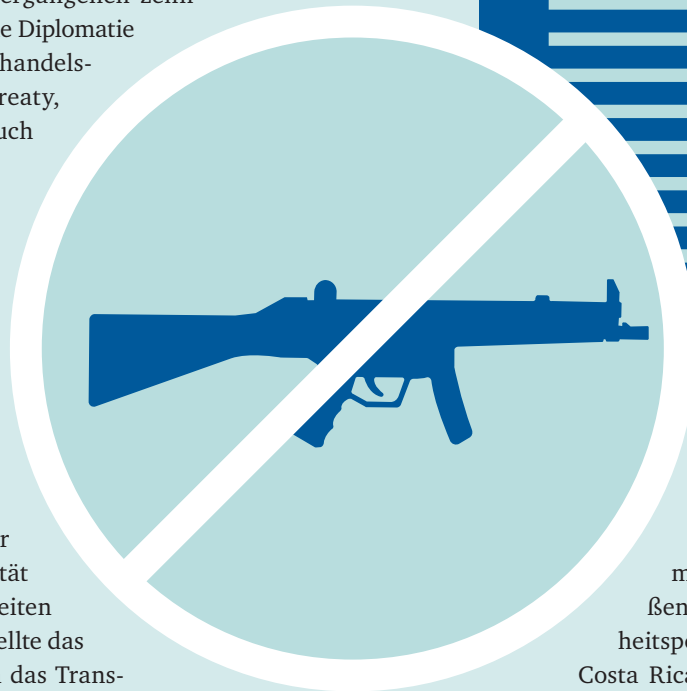
Costa Rica und das Waffenhandelsabkommen

Von Hajo Lanz

Vor fast 20 Jahren entwickelte eine Gruppe von Nobelpreisträgern unter Leitung des ehemaligen Präsidenten Costa Ricas, Oscar Arias Sanchez, die Idee eines internationalen Vertrags über den Waffenhandel. Viele erinnern sich: Costa Rica steht für friedliche Konfliktlösungen, schaffte es doch 1949 seine Armee per Verfassung ab. In den vergangenen zehn Jahren hat die costa-ricanische Diplomatie unaufhörlich für ein Waffenhandelsabkommen (Arms Trade Treaty, ATT) geworben, am Ende auch mit Erfolg.

Hierfür waren drei Gründe ausschlaggebend: Seit 2006 genießt das Streben nach einer internationalen Handhabe gegen die illegale Verbreitung insbesondere von Klein- und Leichtwaffen oberste Priorität in der Außenpolitik Costa Ricas. So sollen die Voraussetzungen zur Eindämmung der Gewalt und damit für Stabilität und Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden. Zudem stellte das Land bei den Verhandlungen das Transparenzgebot ins Zentrum eines Abkommens: Ohne Kontrolle, also ohne verlässliche Zahlen und Informationen über die Produktion und den Handel von Waffen sowie der dazugehörigen Munition kann es keine Eindämmung bewaffneter Konflikte geben. Und nicht zuletzt setzte sich das Land für einen soliden institutionellen Rahmen für das Abkommen ein: Einrichtung eines durchsetzungsfähigen Sekretariats, Notwendigkeit klarer Verfahrens- und Entscheidungsregeln, Beteiligung der Zivilgesellschaft, Offenlegung aller Berichte über Waffentransfers.

Die effektive Anwendung des Vertrags – den Waffenhandel den neuen internationalen Standards und Kontrollen unterzuordnen – stellt nun die eigentliche Herausforderung dar. Diesen Prozess unterstützt die FES in mehrerlei Hinsicht. Denn gerade die Umsetzung des ATT bietet der demo-



kratischen Linken eine politische Arena, um Initiative zu ergreifen und sich zu positionieren. In Zusammenarbeit mit dem costa-ricanischen Außenministerium leistet der sicherheitspolitische Round Table der FES Costa Rica zahlreiche Beiträge. So wurden die sozialen Auswirkungen bewaffneter Gewalt analysiert und eine Debatte über Waffen als maßgeblichen Beeinträchtigungsfaktor für die öffentliche Sicherheit initiiert. Der politische Dialog über die Verpflichtungen Costa Ricas im Hinblick auf den ATT führte zu einem Gesetzesreformenentwurf im Bereich Waffen, Munition und Sprengstoff.

Die zaghaften Fortschritte und bestehenden Herausforderungen, die sich nach der Konferenz der Vertragsparteien 2015 in Mexiko zeigten, werden die weitere Debatte dieses gerade für Zentralamerika so wichtigen Themas auch in der Arbeit der FES vor Ort bestimmen. ●

Hajo Lanz ist Büroleiter der FES in Costa Rica.

Das Scheitern der Prohibition

Für eine menschliche Drogenpolitik – auf beiden Seiten des Atlantiks

Von Catalina Niño Guarnizo und Sebastian Sperling



Nur magere 64 Stimmen fehlten letztlich. Eine knappe Mehrheit sprach sich in der Mitgliederbefragung der Berliner SPD gegen eine kontrollierte Legalisierung des Cannabiskonsums aus. Es ist ein Rückschlag für alle, die sich eine effektivere und menschlichere Drogenpolitik wünschen. Dazu gehört inzwischen sicher die Mehrheit all derer, die sich in Deutschland professionell mit dem Thema beschäftigen. Dies zeigte sich auch in zahlreichen Fachgesprächen der FES. »Wir müssen Ansätze der Prävention, Hilfe und Therapie stärken. Und dabei sollte nicht die Polizei danebenstehen«, bringt Burkhard Blienert, drogenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sein Anliegen auf den Punkt. Zu einem Umdenken in diesem Sinne aufgerufen haben bislang beispielsweise der Bund der Kriminalbeamten, die Mehrheit der deutschen Strafrechtsprofessor_innen, zahlreiche Verbände und Träger der Suchtprävention, -hilfe und -therapie sowie zahlreiche Ärzt_innen, Richter_innen und Polizeipräsidenten.

Die vielen guten Gründe für eine Änderung des deutschen Betäubungsmittelgesetzes liegen seit Langem auf dem Tisch, doch werden sie weiterhin an entscheidenden Stellen ignoriert. Die Reformwilligen wünschen sich angesichts dessen zur Abwechslung eine Umkehr der Beweislast. Es dürfte aber schwierig werden, stichhaltige Gründe für die aktuelle Verbotspolitik vorzubringen, denn das Scheitern der Prohibition ist bestens dokumentiert: Sie hält nicht vom Konsum ab und richtet stattdessen noch zusätzlichen Schaden an – von der strafrechtlichen Verfolgung der Konsument_innen bis hin zur Schaffung eines gigantischen globalen Schwarzmarkts, mit dessen Profiten weltweit Kartelle ihre Macht ausbauen.



Letzteres ist zwar in Deutschland weniger sichtbar, aber genau der Grund, warum das Thema seit Jahren oben auf der lateinamerikanischen Agenda steht. Das organisierte Verbrechen zerfrisst Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Anbau- und Transitländern des Kontinents. Der vor allem militärisch geführte Krieg gegen die Drogen lässt die Gewalt zusätzlich eskalieren. Menschenrechte zu wahren, illegale Märkte auszutrocknen und die Handlungsfähigkeit der Staaten wiederzuerlangen sind Ziele, die hinter dem dringenden lateinamerikanischen Ruf nach weltweiten Reformen stehen.

Auch in den meisten Ländern Lateinamerikas verhindern allerdings die aus der deutschen Debatte bekannten Ängste und Vorbehalte eine Umkehr in der eigenen nationalen Drogenpolitik. Daran setzt die FES an mit ihrem aus Kolumbien heraus koordinierten Regionalprojekt »Für eine menschliche Drogenpolitik – von Repression zu Regulierung«.

Nachdem ein breites Netzwerk aus Expert_innen in den vergangenen Jahren das Scheitern des Drogenkrieges umfassend analysierte und erste Reformvorschläge entwickelte, geht es nun darum, bestehende Reforminitiativen zu stärken und Erfahrungen auszutauschen.

Zentrales Ziel ist es, eine gemeinsame lateinamerikanische Position für die UN-Generalversammlung zu entwickeln, die im April 2016 exklusiv zur Zukunft des internationalen Drogenregimes tagen wird. Ein wichtiger Auftakt dafür war ein internationales Seminar in Quito/Ecuador Ende Juli.

Von der UN-Generalversammlung wird im besten Fall ein starkes Signal ausgehen, mehr Flexibilität zuzulassen und Mitgliedsstaaten zu ermutigen, neue Wege zu erproben. Lateinamerika hofft dabei vor allem auf einen Kurswechsel in den wichtigen Konsumländern, also auch in Deutschland. Besonders die deutsche Sozialdemokratie ist heute gefragt, nach Jahren des drogenpolitischen Stillstands an ihre Beschlüsse aus den frühen 1990er Jahren anzuknüpfen und wieder eine verantwortungsbewusste Drogenpolitik zu entwickeln.

Wichtiger Austausch zwischen Deutschland und Lateinamerika

Das letztlich u. a. von sieben Bundestagsabgeordneten unterzeichnete Positionspapier »Von Repression zu Regulierung: Eckpunkte einer sozialdemokratischen Drogenpolitik« ist da ein wichtiger Anstoß und Baustein. Erarbeitet wurde es im Laufe des Jahres 2015 von Vertreter_innen aus Wissenschaft, Politik und Praxis aus der Gesundheits-, Innen-, Entwicklungs-, Familien- und Jugendpolitik, koordiniert vom drogenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Burkhard Blienert und der FES.

Auf beiden Seiten des Atlantiks haben die Reformbefürworter_innen noch viel Arbeit vor sich. Der Austausch zwischen Deutschland und Lateinamerika ist dafür wichtig. Viele von den lateinamerikanischen Analysen und Vorschlägen finden sich im oben genannten Positionspapier wieder. Expert_innen aus Lateinamerika machen sich andersherum ein Bild von den vorbildlichen Einrichtungen der deutschen Suchtprävention, -hilfe und -therapie. Und in der deutschen Debatte wird zunehmend bewusst registriert, welche Folgen die Verbotspolitik und der Drogenkonsum in den Anbau- und Transitländern haben. Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Hilde Mattheis, brachte es auf der Berliner Fachkonferenz im September auf den Punkt: »In der Drogenpolitik müssen wir auch unserer internationalen Verantwortung gerecht werden.« ●

Catalina Niño Guarnizo ist Leiterin des regionalen Sicherheitsprojekts der FES in Kolumbien.

Sebastian Sperling ist Referent im Referat Lateinamerika und Karibik.



Von Repression zu Regulierung:
Ein lateinamerikanischer Vorschlag zur Reform der Drogenpolitik
↓ <http://library.fes.de/pdf-files/iez/10043.pdf>



Von Repression zu Regulierung:
Eckpunkte einer sozialdemokratischen Drogenpolitik
Positionspapier des Arbeitskreises Drogenpolitik
↓ <http://library.fes.de/pdf-files/iez/11582.pdf>

INTERVIEW

Lateinamerika als Dialogpartner für Deutschland

Auszüge aus einem Interview mit Michael Sommer, stellv. FES-Vorsitzender



Dass dein Herz für Lateinamerika schlägt, wissen wir bereits seit deiner Zeit als DGB- und IGB-Chef. Als stellvertretender FES-Vorsitzender reist du mehrmals jährlich in die Region. Worin besteht für dich die Bedeutung Lateinamerikas?

»Zum einen ist Lateinamerika, um es etwas zugespitzt zu sagen, mo-

mentan der letzte sozialdemokratische Kontinent, den wir auf der Erde haben. Dort entwickelt sich sozialdemokratische Politik und Gewerkschaftspolitik in Regierungsverantwortung. Das ist jetzt ein bisschen geschwächt durch das Wahlergebnis in Argentinien, aber prinzipiell ist es so, dass die sozialen und sozialdemokratischen Bewegungen in Lateinamerika wesentlich stärker sind als derzeit in Europa oder gar in Nordamerika. Die Gewerkschaften sind auch relativ stark, wenngleich teilweise zerstritten, aber sie sind natürlich ein starker Repräsentant. (...) Lateinamerika ist daher nicht nur eine stille Liebe von mir, sondern es lohnt sich einfach, dort Gewerkschaftsarbeit und Demokratieförderung zu betreiben.« (...)

Du hast die Arbeitslinie »Progressive Drogenpolitik«, die aus dem FES-Engagement in Uruguay und Kolumbien entstanden ist, im Rahmen sozialdemokratischer Debatten in Deutschland erlebt. Ist dies ein wichtiges Brückenthema Lateinamerika–Europa?

»Was die Beratungsarbeit unserer Büros vor Ort anbetrifft, ist es ein ganz wichtiges Thema. Weil ich auch glaube, dass diese Gesellschaften tatsächlich auf der Suche sind. Das ist für sie kein total neues, aber in der Virulenz und Massivität ein großes Problem. Das zweite ist: Die europäische Drogenpolitik schwankt ja immer zwischen laissez-faire und Verbot. Aus den USA kommen entweder »zero tolerance«- oder »wir gucken weg«-Debatten – und es gibt eigentlich nirgendwo einen Ansatzpunkt, ernsthaft darüber nachzudenken, wie man dem Drogenproblem tatsächlich Herr werden kann. Ist die Verbotspolitik die richtige? Und da ist das, was z. B. in Uruguay entwickelt worden ist an staatlichem Handeln, durchaus etwas, was zumindest diskussionswürdig für uns ist. Da glaube ich, kann Europa und auch Deutschland einiges von Lateinamerika lernen.«

Die Fragen stellte **Katja Meyer**, Referentin im Referat Lateinamerika.

Das vollständige Interview finden Sie unter
→ <https://youtu.be/3cJGRptoCZo>

»Global Shift« auch in der Automobilindustrie

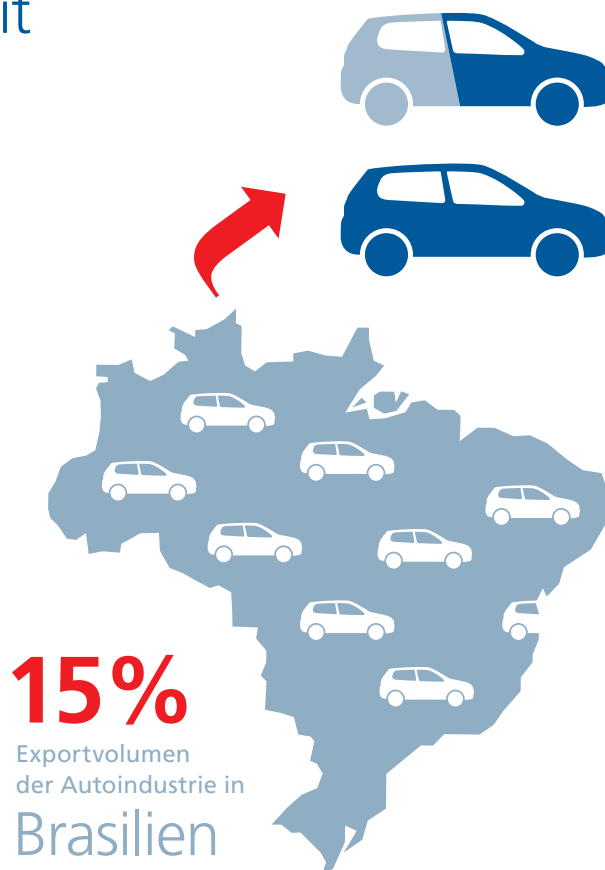
Herausforderungen für die globale Gewerkschaftszusammenarbeit

Von Tina Hennecken und Hans Mathieu

Obwohl ihr Niedergang schon oft beschworen wurde, ist die Automobilindustrie nach wie vor eine der wichtigsten Industrien der Welt. Überall dort, wo die Einkommen schnell wachsen, explodiert die Nachfrage nach Autos. Gleichzeitig ist die Entwicklung oder Ansiedlung einer Automobilindustrie wirtschaftlich attraktiv, da sie bei hoher Produktivität direkte und indirekte Beschäftigungseffekte mit sich bringt und gleichzeitig in andere vor- und nachgelagerte Industrie- und Dienstleistungssektoren ausstrahlt.

Die Verlagerung der Produktion internationaler Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländer führt meist nicht zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen lokalen Automobilindustrie. Brasilien gehört zu den Pionieren einer vergleichsweise erfolgreichen Industrieförderung. Doch trotz Subventionen und Anreizen ist die brasilianische Automobilindustrie nur in Lateinamerika konkurrenzfähig. Seit 2000 verdoppelte sich die Autoproduktion von 1,7 Mio. auf 3,4 Mio. im Jahre 2013, die direkte und indirekte Beschäftigung wird auf 1,5 Mio. Menschen geschätzt. Eine Bedrohung für Produktion und Beschäftigung in den Ursprungsländern der Automobilunternehmen geht von Brasilien nicht aus, im Gegenteil, die Produktion ist unter Druck geraten durch Importe von Kleinwagen aus Mexiko und Asien.

Bis Anfang der 1990er Jahre folgte Mexiko dem brasilianischen Vorbild. Mit dem Abschluss des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens 1994 (NAFTA) wandelte sich Mexiko jedoch schrittweise zum Exporteur von Autos. 2015 wurden ca. 3,5 Mio. Autos in Mexiko produziert, davon 80 Prozent ausgeführt – hauptsächlich in die USA. Im Gegensatz zu Brasilien bedroht Mexiko die Produktion und damit die dortigen Arbeitsplätze. Grundlage der mexikanischen Wettbewerbsfähigkeit sind die deutlich geringeren Löhne – bei weitgehend gleicher Arbeitsproduktivität wie in den Heimatländern der Konzerne.

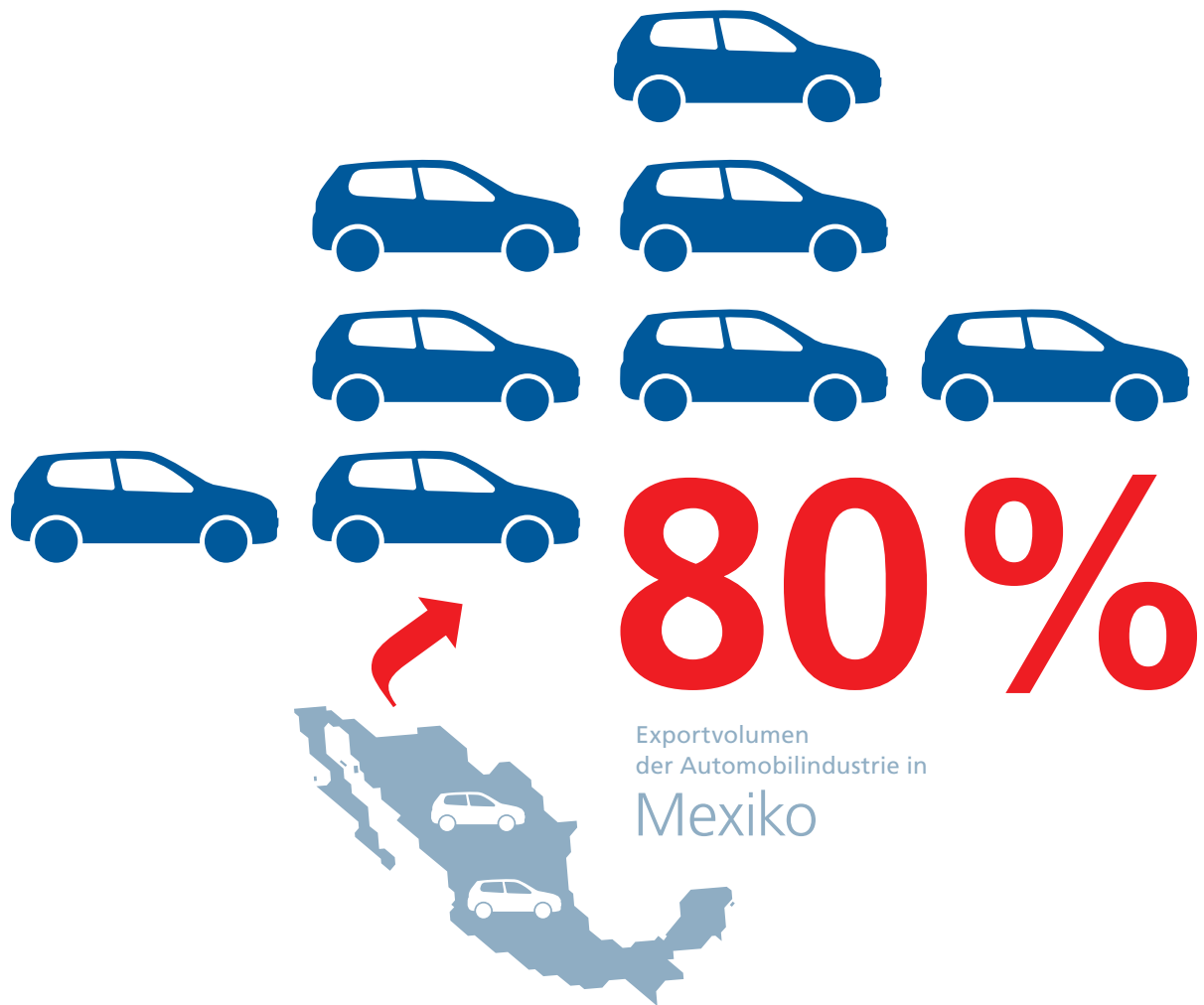


Gewerkschaften: Stark in Brasilien, schwach in Mexiko

Auch die Gewerkschaftssituation ist in Brasilien deutlich anders als in Mexiko. In Brasilien entwickelten sich die verhandlungsstärksten Gewerkschaften ab Ende der 1970er Jahre in der Automobilindustrie. Sie waren Kern und Katalysator der Gewerkschaftszentrale CUT und der Arbeiterpartei (PT), deren Mitbegründer Luiz Inácio »Lula« da Silva schließlich brasilianischer Präsident wurde.

Bereits in den 1990er Jahren begannen sie, u. a. an industriepolitischen Foren im Zuge der begrenzten Marktöffnung durch die Bildung des Mercosur teilzunehmen. Bei allem Willen zum Dialog zeigen die brasilianischen Metallgewerkschaften auch ihre Zähne. Die Anzahl der Streiks stieg an. 17,3 Prozent reale Lohnzuwächse wurden zwischen 2000 und 2014 erreicht, eine hohe Formalisierung der Arbeitsverhältnisse und bessere Arbeitsbedingungen, wie z. B. die 40-Stunden-Woche.

Das korporatistische Gewerkschaftssystem, welches weder nationale Branchengewerkschaften noch starke betriebliche Vertretungen mit Informationsrechten ermöglicht, wird durch die Bildung betrieblicher Netzwerke unterlaufen. Diese auch von der FES unterstützte Strategie zielt darauf ab, dass Arbeitnehmervertreter_innen von verschiedenen Standorten einer



Firma durch gemeinsame Verhandlungsstrategien ihr Druckpotenzial auf den Arbeitgeber erhöhen.

Auch Mexiko hat ein korporatistisches Gewerkschaftssystem, das jedoch vor allem negative Konsequenzen hat, die sich z. B. in der Reduzierung des Mindestlohns um knapp 80 Prozent seit den 1980er Jahren zeigen. In der Automobilindustrie sind die meisten Standorte durch die der regierenden PRI-Partei nahestehenden Gewerkschaften oder durch teilweise kriminelle sogenannte Schutzgewerkschaften organisiert.

Unterstützung für internationale Gewerkschaftskooperation

Ziel der internationalen Gewerkschaftskooperation im Automobilsektor ist die faire Verteilung der Produktion zwischen den Ländern bei gleichzeitiger Steigerung und Annäherung der Löhne und Gehälter angesichts der hohen Arbeitsproduktivität.

Dazu streben die Gewerkschaften weltweit koordinierte Verhandlungen an, sind jedoch noch weit davon entfernt. Wo schwache oder von Regierungen und anderen, teilweise kriminellen Akteuren dominierte Gewerkschaften sich mit Freihandel verbinden, ist es möglich, die Arbeitnehmer_innen im Standortwettbewerb gegeneinander auszuspielen – wie zwischen Mexiko und den USA.

Die US-Gewerkschaften haben es inzwischen aufgegeben, eine Zusammenarbeit mit den PRI-kontrollierten Gewerkschaften der US-Automobilunternehmen in Mexiko anzustreben. Die unabhängigen und demokratischen mexikanischen Gewerkschaften, die in Werken von VW, Audi und Mahle in Mexiko die Arbeitnehmer_innen vertreten, intensivieren dagegen inzwischen ihren Austausch mit der IG Metall, IndustriAll und Betriebsratskolleg_innen aus Deutschland. Die Zusammenarbeit mit brasilianischen Gewerkschaften hat bereits Tradition und Routine.

Die FES unterstützt diese Gewerkschaftsarbeit auf vielfältige Weise. Neben gemeinsamen Konferenzen mit IG Metall, IndustriAll und den Gewerkschaften in den jeweiligen Ländern zur Analyse von wichtigen Trends in der Automobilindustrie und der Diskussion gemeinsamer Aktionen trägt die FES zur Fort- und Netzbildung von Gewerkschafter_innen vor Ort bei. Zusammen mit progressiven politischen Partnern setzt sie sich auch – wie z. B. in Mexiko – für eine Reform der Gewerkschaftsgesetzgebung ein, damit sich freie, demokratische und starke Gewerkschaften entwickeln können. ●

Hans Mathieu ist Büroleiter der FES in Mexiko.
Tina Hennecken ist stellvertretende Büroleiterin der FES in Brasilien.

Impulsgeber Sozial-ökologische Transformationen in Lateinamerika

Von Christian Denzin



Im Dezember 2015 war es endlich soweit! Nachdem im September in New York die Sustainable Development Goals (SDGs) verabschiedet wurden, gelang es der Weltgemeinschaft – sechs Jahre nach dem großen Versagen von Kopenhagen – in Paris ein global verbindliches Klimaabkommen auf den Weg zu bringen. Die SDGs und das sogenannte Paris-Abkommen sind Meilensteine auf dem schwierigen Weg hin zu sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklungsmodellen, für deren Umsetzung nun vor allem nationale Politik gefordert ist. Doch welches sind die Ansätze, die dazu geeignet sind, diesen grundlegenden Umbau der Wirtschaftsstrukturen einzuleiten?

Seit August 2015 steht diese Frage ganz oben auf der Agenda des neuen FES-Regionalprojekts »Sozial-ökologische Transformation in Lateinamerika« mit Sitz in Mexiko.

Noch immer hängen viele lateinamerikanische Länder stark von den Exporteinnahmen vor allem fossiler und mineralischer Rohstoffe ab. Zwar konnte durch den Rohstoffboom der vergangenen Jahre in einigen Staaten eine neue Sozialpolitik finanziert werden. Doch führte dieser auch zu einem deutlichen Anstieg sozial-ökologischer Konflikte in der von hoher Ungleichheit geprägten Region. Vor diesem Hintergrund begleitet die FES die Debatte eines sozial-ökologischen Wandels im Kontext der globalen Nachhaltigkeitsagenda. Ziel einer Arbeitsgruppe hochrangiger Fachleute und ehemaliger Minister aus dem gesamten Kontinent ist es, Ansätze für progressive Politik zu entwickeln und gemeinsam mit den FES-Landesbüros in Lateinamerika Impulse für die nationale Debatte zu geben. ●

Christian Denzin ist stellv. Büroleiter der FES in Mexiko und Leiter des Regionalprojekts »Sozial-ökologische Transformation«.



BERATUNGSPROJEKT

Gestaltung des Übergangs Kuba im Reformprozess

Von Sarah Ganter

Seit dem 17. Dezember 2014, an dem das Ende der Eiszeit in den Beziehungen zu den USA eingeläutet wurde, gibt es viel Wirbel in und um Kuba. Die EU verhandelt über ein Kooperationsabkommen. Durch die Besuche von Außenminister Steinmeier 2015 und gleich zu Beginn des Jahres 2016 durch den Besuch des Wirtschaftsministers und SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel kam auch in die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Kubas und Deutschlands neuer Schwung. Diese internationalen Veränderungen und vor allem der seit 2006 eingeleitete kubanische Reformprozess wirken sich auf die Arbeit der FES vor Ort aus.



Die FES arbeitet seit 20 Jahren auf der Insel, allerdings ohne eigenes Büro. Im Zuge der ökonomischen Veränderungen hat die Nachfrage nach wirtschafts- und sozialpolitischen Beratungsmaßnahmen deutlich zugenommen. Waren die meisten bisherigen Partner vor allem im Wissenschaftsumfeld angesiedelt, differenziert sich nun das Bild.

Mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vertretern der KP und Gewerkschaften sowie mit kommunalen Verbänden gibt es einen regen Austausch oder auch gemeinsame Aktivitäten. Die kubanische Regierung versucht, die zentralistisch gesteuerte Planwirtschaft durch die begrenzte Einführung von Marktelementen zukunftsfähig zu machen. Mit der Annäherung an die USA und die EU ist vor allem die Hoffnung auf dringend benötigte ausländische Direktinvestitionen verbunden, die das kubanische Wirtschaftswachstum ankurbeln sollen. Doch wie viele Veränderungsprozesse generiert auch die kubanische Transformation Gewinner_innen und Verlierer_innen. Als Kehrseite von Privatisierung und Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung werden schon jetzt neue soziale Ungleichheiten sichtbar. Auch die neuen Beziehungen zu den USA und der EU werden sich auf den Reformprozess und das soziale Gefüge des Landes auswirken.

Im Zuge der Reformen wurde die Entlassung von einer Million Angestellten aus den staatlichen Betrieben angekün-

digt. Die freigesetzten Arbeitnehmer_innen sollen von den Kleinunternehmen des neuen Privatsektors aufgefangen werden. Denen ist es neuerdings möglich, Arbeitskräfte unter Vertrag zu nehmen. Diese Veränderungen bringen neue Herausforderungen mit sich. Mit Vertreter_innen der kubanischen Einheitsgewerkschaft pflegt die FES bereits seit einiger Zeit regelmäßigen Kontakt. Auf beiden Seiten gibt es großes Interesse, einen Erfahrungsaustausch zur Gestaltung von Arbeitsbeziehungen voranzubringen.

In der Gestaltung eines geregelten Übergangs zu einem Mischwirtschaftssystem kommt es darauf an, wirtschaftliche mit sozialer Entwicklung zu verbinden und zukünftiges Wirtschaftswachstum an die Schaffung qualitativer Arbeitsplätze zu koppeln. Erfahrungen der europäischen Sozialmodelle oder auch Positivbeispiele lateinamerikanischer urbaner Kooperativinitiativen sowie Lehren aus den Transformationsprozessen in Osteuropa können für diesen Prozess eine zentrale Rolle spielen. ●

Sarah Ganter ist Landesvertreterin der FES für Kuba mit Sitz in der Dominikanischen Republik.

Stürmische Zeiten in Brasilien

Lula zu Gast in Berlin

Von Yesko Quiroga und Andreas Wille



Es war nicht der erste Besuch des ehemaligen Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, in Deutschland und in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Aber es war der erste, der vor dem Hintergrund eines harschen Stimmungswandels in dem südamerikanischen Land stattfand.

Bis vor drei Jahren galt Brasilien noch als die Erfolgsgeschichte unter den aufstrebenden Schwellenländern. Das Land hatte – geführt von den Präsidentinnen Lula und Dilma Rousseff und ihren Mehrparteiregierungen – einen bedeutenden sozioökonomischen Wandel erlebt. Der Hunger wurde weitgehend besiegt, die Armut reduziert, Millionen Arbeitsplätze geschaffen, die Zahl der Studierenden an den Hochschulen verdoppelt und eine soziale Aufstiegsdynamik in Gang gesetzt, die es so bislang nicht gegeben hatte. Brasiliens innenpolitische Erfolge trugen dazu bei, dass das Land zu einem sichtbaren Akteur auf der internationalen Bühne aufstieg.

Die Popularität der erst vor einem Jahr wiedergewählten Präsidentin Rousseff ist dramatisch eingebrochen: Sie und ihre Partei, die Arbeiterpartei PT, werden für alle Verfehlungen im Land verantwortlich gemacht.

Die gegenwärtig schwierige wirtschaftliche und politische Situation, aber auch das gesellschaftliche Klima lassen derweil all diese Fortschritte in den Hintergrund treten. Brasilien leidet unter einer Wirtschaftskrise, Korruptionsskandalen und einer politischen Polarisierung, die selbst die

Legitimität der demokratisch gewählten Regierung infrage stellt. Die Wirtschaft steckt tief in der Rezession, sodass Fragen nach der Nachhaltigkeit des Entwicklungsmodells des vergangenen Jahrzehnts laut werden. Parteien aus allen politischen Lagern haben sich der illegalen Parteienfinanzierung schuldig gemacht, in

deren Zentrum der staatliche Erdölkonzern Petrobras steht. Der Skandal legt die strukturellen Defizite des politischen Systems in Brasilien schonungslos offen, das eine zersplitterte Landschaft von 32 Parteien im Kongress hervorbringt und eindeutige Regierungsmehrheiten verhindert.

Befeuert durch eine oftmals unseriöse Berichterstattung der Massenmedien, sind das demokratische Streitgespräch



in der FES durch Optimismus und Vertrauen in die brasilianische Demokratie geprägt. Die Wirtschaftskrise schätzt er weniger dramatisch ein als dargestellt: Der gewaltige Binnenmarkt, der durch den nachholenden Konsum der Bevölkerung getragen wird, aber auch notwendige Investitionen in die Infrastruktur des Landes würden der Wirtschaft in absehbarer Zeit und auf Jahre hinaus neuen Schwung verleihen. Die Aufdeckung des riesigen Korruptionsskandals bei Petrobras sieht er als Zeichen des Fortschritts im Kampf gegen die Korruption – in der Vergangenheit wäre ein solcher Skandal einfach unter den Teppich gekehrt worden.

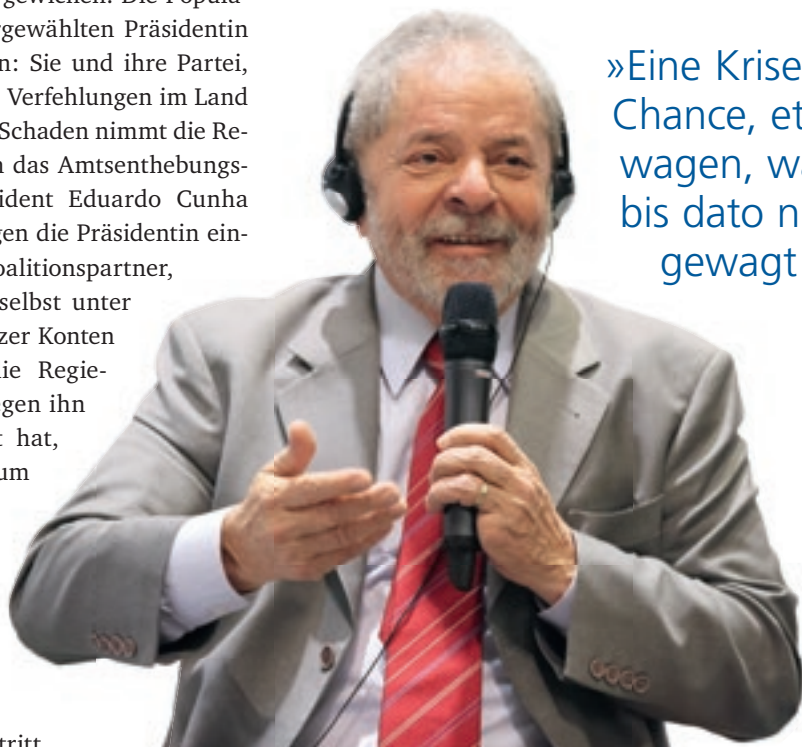
An der Notwendigkeit einer Reform des politischen Systems ließ er keinen Zweifel, wies aber auf die Herausforderung hin, dafür die erforderliche Mehrheit zu gewinnen. Seine eigene Partei rief Lula auf, ihren Diskurs und ihre Programmatik weiterzuentwickeln, um insbesondere Jugendliche anzusprechen und die eigenen Parteimitglieder wieder für ihre Politik zu begeistern. Der Wahl konservativer Regierungen in der Region kann er auch positive Seiten abgewinnen: Der demokratische Wechsel sei heute eher ein Zeichen demokratischer Routine als das Ende linker Alternativen.

Und würde Lula 2018 noch einmal als Präsidentschaftskandidat antreten? Eigentlich sollten Jüngere mit frischen Ideen ans Steuer. Wenn aber die Gefahr bestünde, dass die sozialen Errungenschaften seiner Amtszeit durch eine Niederlage der PT zurückgedreht würden – dann würde er wieder in den Ring steigen. ●

Yesko Quiroga und Andreas Wille sind Referenten im Referat Lateinamerika und Karibik.

und der Austausch von Argumenten einer von Hass und Demagogie geprägten Konfrontation gewichen. Die Popularität der erst vor einem Jahr wiedergewählten Präsidentin Rousseff ist dramatisch eingebrochen: Sie und ihre Partei, die Arbeiterpartei PT, werden für alle Verfehlungen im Land verantwortlich gemacht. Besonderen Schaden nimmt die Reputation Brasiliens in der Welt durch das Amtsenthebungsverfahren, das der Parlamentspräsident Eduardo Cunha jüngst ohne rechtliche Grundlage gegen die Präsidentin eingeleitet hat. Cunha – eigentlich Koalitionspartner, aber nun Gegner Rousseffs – steht selbst unter Verdacht, illegale Gelder auf Schweizer Konten transferiert zu haben. Nachdem die Regierungskoalition eine Untersuchung gegen ihn in der Ethikkommission eingeleitet hat, nutzt er nun seine Machtposition, um sich mit dem Amtsenthebungsverfahren zu revanchieren.

Vor diesem Hintergrund erwarteten Lula bei seinem Berlin-Besuch in der Friedrich-Ebert-Stiftung mehr als 500 Zuhörerinnen und Zuhörer. Trotz der schwierigen Situation in seiner Heimat war sein Auftritt



»Eine Krise ist eine Chance, etwas zu wagen, was man bis dato nicht gewagt hat.«

politik für europa

#2017 plus

Drei Themen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem Projekt »Politik für Europa«: die wirtschaftliche und soziale Krise, aufkommende Zweifel an der Demokratie und außen- und sicherheitspolitische Verwerfungen. Während die ersten beiden Herausforderungen die Substanz der politischen Integration beim Bürger infrage zu stellen drohen, könnte die äußere Bedrohung eher mehr Unterstützung für das europäische Projekt hervorbringen. Wir diskutieren progressive Politikvorschläge, die die Sorgen und Befürchtungen der Bürger zur europäischen Integration aufnehmen, die europapolitische Rhetorik auf ihren Gehalt abklopfen und schließlich Anhaltspunkte für eine Europa-politik geben, die näher bei den Menschen ist.

Die FES identifiziert und formuliert in ihrem Projekt »Politik für Europa« für alle Politikansätzen und treibt so die Debatte über die Zukunft Europas voran.



Lösungssuche noch sehr überschaubar

Flüchtlingskrise als Herausforderung für die Europäische Union

Von Friederike Kamm

Die Zahl Geflüchteter aus den Krisen und Kriegsgebieten in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft erreichte 2015 einen historischen Höchststand. Während die Migrationsbewegungen zunächst vorwiegend die EU-Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen vor große Herausforderungen stellten, erreichten 2015 viele Geflüchtete nun auch west- und nordeuropäische Länder wie Deutschland und Schweden. Im Sommer und Herbst 2015 gewann die Frage einer gemeinsamen Migrationspolitik damit für einen erweiterten Teil der Europäischen Union neue Brisanz.

Während sich die Europäische Kommission bereits seit einigen Jahren für eine abgestimmte europäische Lösung der Flüchtlings- und Migrationsproblematik einsetzt, bleibt die Bereitschaft der EU-Mitgliedstaaten, gemeinsame politische Antworten auf die aktuellen Herausforderungen zu finden, weiterhin gering. Zu oft stehen – viele Jahre nach der Vergemeinschaftung weiter Teile der Asyl- und Migrationspolitik – nationale Interessen und Souveränitätsansprüche vor europäischen Lösungen.

Die zweite Jahreshälfte 2015 war in Brüssel gezeichnet von Sondersitzungen der Staats- und Regierungschefs, nun nicht mehr zur Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern zur »Flüchtlingskrise«. Ein Gipfel folgte dem anderen, um nach ersten unkoordinierten Maßnahmen einzelner Mitgliedstaaten möglichst gemeinsame Lösungen zu finden.

Erstmals wurde im Herbst 2015 nach intensiven Auseinandersetzungen im Rat der EU mit einem Mehrheitsbeschluss ein Teil der Mitgliedstaaten überstimmt, um die Einrichtung eines Notfallverteilschlüssels für Asylanträge in der EU auf den Weg zu bringen. Kommissionspräsident Juncker hatte kurz zuvor diese und weitere Maßnahmen zur gemeinsamen Bewältigung der »Flüchtlingskrise« in seiner »State of the Union«-Ansprache von EU-Mitgliedstaaten gefordert. Griechenland und Italien sollen so durch die Umverteilung von Asylbewerber_innen entlastet werden. Großer Widerstand regte sich insbesondere in den mittel und osteuropäischen Staaten (Visegrád-Staaten und baltische Länder).

Im weiteren Verlauf der »Krise« wurden weitere Sofortmaßnahmen in ungewohnter Geschwindigkeit im Rat und nur unter scheinbarer Einbeziehung des EU-Parlaments verabschiedet. Noch im Mai 2015 waren die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Reformvorschläge und Ziele der Migrationsagenda vorwiegend auf Skepsis gestoßen. Erst unter dem angestiegenen politischen und öffentlichen Druck im Zuge der sich zuspitzenden Situation an den EU-Außengrenzen sowie dem starken Anstieg der Migrationsbewegungen über die Balkanroute wurden gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene möglich.

Bessere Verzahnung notwendig

Einhergehend mit dem Anstieg der Migration in Europa wird zudem eine verstärkte Kontrolle der EU-Außengrenzen gefordert. Gemeinsame Bemühungen zur Grenzsicherung rücken damit auch ins Zentrum der Lösungsansätze der EU-Migrationspolitik. Entscheidend ist aber auch eine bessere Verzahnung der innen- und außenpolitischen Aspekte der EU-Migrationsproblematik. Dies zeigten auch ein verstärkter Dialog mit Drittstaaten sowie ein neuer Fokus auf die Bekämpfung von Fluchtursachen. Der Valletta-Gipfel zur EU-Afrika-Zusammenarbeit, der West-Balkan-Gipfel sowie ein verstärkter Dialog mit der Türkei waren bereits erste Schritte in diese Richtung. Auch die Schaffung legaler Wege der Zuwanderung und die Unterstützung von UN-Organisationen wie dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR und des UN-Resettlement-Programms müssen in stärkerem Maße Teil eines gemeinsamen Lösungsansatzes sein.

Zusammenfassend sind die Versuche, die Herausforderungen gemeinsam anzugehen, bisher überschaubar. Von den umzusiedelnden Geflüchteten ist bisher nur ein Bruchteil tatsächlich von Griechenland an ein anderes Mitgliedsland übergeben worden. Ein nachhaltiges Verteilungssystem sowie eine Revision des quasi gescheiterten Dublin-Systems stehen noch aus. Auch ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit vergleichbaren Mindeststandards, Aufnahmekriterien und -bedingungen für Asylsuchende ist weiterhin nicht in Sicht. So wird es auch 2016 darum gehen, die Umsetzung des gemeinsamen Rechtsrahmens mithilfe von Vertragsverletzungsverfahren einzufordern.

Abschließend gilt es die Entwicklungen im Bereich der Migrationspolitik im Rahmen der politischen Machtverhältnisse in Europa zu betrachten. Gemeinsam muss verhindert werden, dass rechtspopulistische Stimmen in Europa mit xenophoben und nationalistischen Parolen polarisieren und Ängste schüren. Die Migrationsproblematik scheint zunehmend zum lokal- und machtpolitischen Spielball zu werden. Eine Kräfteverschiebung zugunsten nationaler Kräfte und eine neue Trennlinie zwischen Ost und West zeichnen sich auf europäischer Ebene bereits ab. ●

Friederike Kamm ist Referentin für EU-Justiz- und Innenpolitik im FES-Europabüro Brüssel.



Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union – Menschenrechte wahren!

Von Petra Bendel

Dieses Gutachten gibt einen umfassenden und detaillierten Überblick über den derzeitigen Stand der Flüchtlingspolitik der EU. Dabei sind die Menschenrechte der Kompass für die Bewertung der vorgeschlagenen Maßnahmen und politischen Konzepte.

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12108.pdf>

INTERVIEW

»Nicht immer, wenn das Volk zusammenkommt, ist das Demokratie«

Gespräch mit Prof. Dr. Emanuel Richter



Sie nennen die Demonstrationen gegen Stuttgart 21 als Beispiel der zivilgesellschaftlichen Kontrollfunktion. Inwiefern ist eine solche Kontrolle auf der deutlich komplexeren europäischen Ebene denkbar?

»Ich sehe hier zwei Ansätze. Im Zuge der Referenden um die Verfassung der EU 2005 und 2007 hat sich gezeigt, dass sich die Bürger_innen durchaus für das ganze Gebilde und seine politische Form interessieren und Mitspracherechte reklamieren. In Frankreich, den Niederlanden und Irland hatten sie diese Mitspracherechte, und die Verfassung wurde abgelehnt, was dann zum deutlich niederschwelliger angesetzten Lissabon-Vertrag führte. Ich interpretiere das als ein politisches Aufwachen. Die Menschen haben begriffen, dass ihnen da etwas vorgelegt wurde, woran sie keinerlei Gestaltungsoption hatten. Der erste Reflex war daher Ablehnung.

Das zweite Phänomen ist die im Artikel 11 des Lissabon-Vertrags verankerte europäische Bürgerinitiative. Sie führt zwar selten zu tatsächlichen Referenden, provoziert aber die transnationale Mobilisierung, vor allem jüngerer Menschen. Beispiel hierfür ist die Anti-TTIP Initiative, die aktuell mit sehr viel Engagement vorangetrieben wird. (...)

Diese TTIP-Gegner verkörpern das, was in der Gründungs-idee als Bürger Europas gerühmt wurde. Sie wenden sich nun aber gegen Europa. Diese Leute feiern ihren transnationalen Widerstand als Errungenschaft, unabhängig davon, ob es als formale EU-Initiative erfolgreich sein könnte.«

Wie sehen Sie die Aussage von Andreas Freytag, Wirtschaftsprofessor an der Uni Jena, der die Anti-TTIP-Bewegung als anti-aufklärerische Kampagne bezeichnet, welche die Welt nicht mit besseren Argumenten, sondern mit Lautstärke verbessern will?

»Das klingt mir nach einer Diffamierung der Bewegung. Ökonomisch spricht sicher manches für TTIP. Ich halte diese Bewegung dennoch für einen großen Erfolg. Man muss natürlich vorsichtig sein, da man sonst ganz schnell Pegida legitimiert. Nicht immer, wenn das Volk zusammenkommt, ist das Demokratie. Im Fall der TTIP-Gegner geht es darum, mit



STUDIENFÖRDERUNG

Fünf Tage Europa

Europakonferenz der Stipendiatinnen und Stipendiaten

Von Sohel Ahmed

Europa mitgestalten. Das war die Idee, die hinter der Europakonferenz der Abteilung Studienförderung der FES in Bad Honnef stand. Nach einem Jahr intensiver Planung mit einem sehr engagierten Organisationsteam fiel am Montag, 30. November 2015, der Startschuss für das bisher einmalige Format der ideellen Förderung. Mehr als 100 Stipendiat_innen konnten sich auf eine Woche voller Inhalte freuen, mit zahlreichen Diskussionsplattformen und viel Zeit für die Arbeit in Kleingruppen. Die Konferenz fand im konzeptionellen Rahmen des FES-Projekts »2017 – Politik für Europa« statt.

In den fünf Tagen wurden die Integrationsprozesse mit zwei unterschiedlichen Geschwindigkeiten in der EU diskutiert, auf die finanzpolitischen Her-

ausforderungen eingegangen oder die fehlende europäische Solidarität in der Flüchtlingspolitik unter die Lupe genommen. Für Input sorgten Referent_innen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder den Medien. So war die Woche über eine breite Palette an Meinungen und Sichtweisen geboten, immer zwischen utopischer Theorie und realpolitischer Brille. Die Stipendiat_innen ließen keine Gelegenheit zur ausführlichen Diskussion aus, die Luft schwirrte geradezu vor Ideen zur Mitgestaltung des Projekts Europa. Fünf Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen »Soziales«, »Wirtschaft«, »Institutionelle Fragen«, »Strukturelle Entwicklung« und »Außen- und Sicherheitspolitik« erarbeiteten gemeinsamen Stellungnahmen.

»Die EU als Friedensmacht ist ein permanenter und kräftezehrender Arbeitsprozess, an dem sich Stipis der FES beteiligen können und müssen. Die Konferenz ist somit eine optimale Plattform, um Nachwuchskräfte zu formen, die international denken und handeln können, denn die Berechtigung zur Kritik wächst mit dem Engagement.«

Elisa Seith, 24 Jahre,
Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung, Studienfach Politik

Abschließend stellten die Teilnehmer_innen das Abschlusspapier in einem offenen Podium vor, das mit Referenten aus dem Auswärtigen Amt, der SPD-Bundestagsfraktion und der Arbeitsarbeit der FES besetzt war. Auch wenn die Frage, inwieweit die Vorschläge der Stipendiat_innen realpolitisch umsetzbar sind, offen blieb, kam doch zumindest ein klares Signal der Zusammenarbeit von Rolf Mützenich, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD: »Das Positionspapier soll auf jeden Fall in die entsprechenden Arbeitsgruppen.«

Sohel Ahmed ist Referent in der Abteilung Studienförderung.

Berufung auf politische Gleichheit den massiven Einfluss von privaten Akteuren im politischen Raum abzulehnen. Bei Pegida hingegen geht es schlicht um Fremdenfeindlichkeit. Ich glaube, dass man die einzelnen Bewegungen sehr genau beobachten muss. Erst mit einem Bezug auf die Werte, die hinter den Bewegungen stehen, zeigt sich, ob sie eine demokratische Qualität haben oder nicht.«

Sie fordern ein Neudenken der Partizipation. Könnten Formate wie unsere Europakonferenz oder das Erasmusprogramm als neue Form der Partizipation an Europa verstanden werden?

»Unbedingt. Partizipation ist in erster Linie immer Reflexion. Indem Sie sich miteinander austauschen und in einer fried-

lichen Debatte zu einem Ergebnis kommen, gehen Sie den ersten Schritt jeder Partizipation. Nur auf die Straße zu gehen und seinen Ängsten Ausdruck zu verleihen, wie es Pegida tut, ist noch lange keine gelungene demokratische Partizipation.«

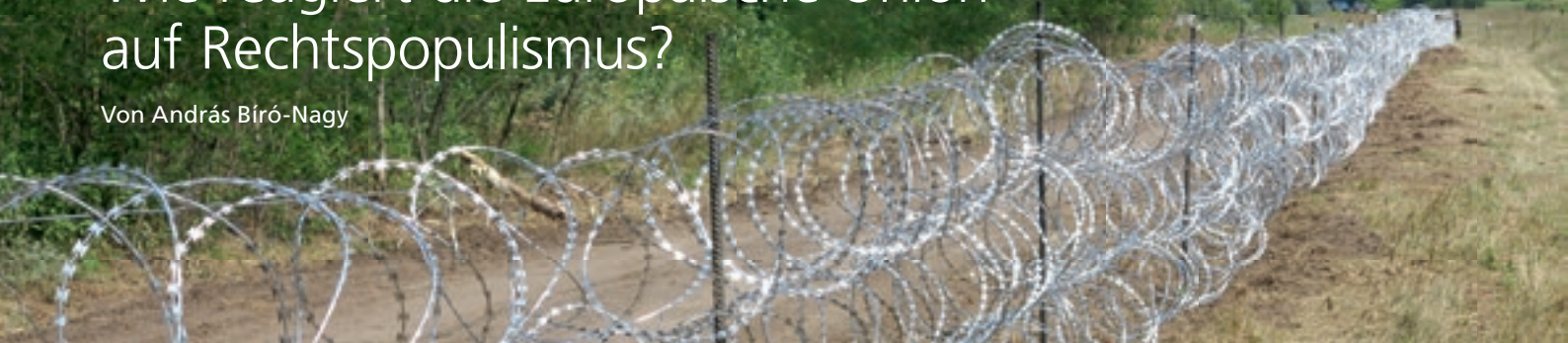
Prof. Dr. Emanuel Richter ist Politikwissenschaftler an der RWTH Aachen und beschäftigt sich mit partizipativen Demokratietheorien. Er ist ehemaliger Stipendiat der FES und Mitglied des Auswahlausschusses der Studienförderung.

Die Fragen stellte Marc Frick, er ist aktueller Stipendiat der FES.

Der Fall Ungarn

Wie reagiert die Europäische Union auf Rechtspopulismus?

Von András Bíró-Nagy



Falls jemals Zweifel bestanden haben sollten, dass es möglich ist, populistische Regierungsarbeit zu leisten, so haben die ungarische Regierungspartei Fidesz und ihr Ministerpräsident Viktor Orbán den Beweis dafür erbracht. In der Wissenschaft wird Populismus als eine Ideologie definiert, der zufolge die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen, das reine »Volk« und die korrupte »Elite«, geteilt ist. Da Populisten vorgeben, die Interessen des Volkes gegen die Elite zu vertreten, müsste es – theoretisch geschehen – schwierig sein, die Elite zu attackieren, wenn man zeitgleich die Regierung stellt und das Establishment verkörpert. In Ungarn ist Viktor Orbáns Regierung dieses Kunststück gelungen, indem sie den Kampf gegen »andere Eliten« aufgenommen hat – so beispielsweise gegen westeuropäische Linke und Liberale, multinationale Unternehmen oder Nichtregierungsorganisationen, die von regierungsnahen Medien gerne als »ausländische Agenten« bezeichnet werden. Seit 2010 führt Orbán auch einen offenen Feldzug gegen die gängige EU-Politik, zu der er einfach nur »Brüssel« sagt. Mit seiner Strategie, neue Feinde, zumeist außerhalb Ungarns, ins Visier zu nehmen, gelang es ihm, die Unterstützung für seine Partei zu festigen, was sich bei der Wiederwahl 2014 deutlich zeigte.

Darüber hinaus bot sich Viktor Orbán mit der Flüchtlingskrise eine außerordentliche Gelegenheit, um seine Ansichten auch europaweit zu verbreiten und international Gefolgsleute zu gewinnen. Indem er sich auf Konfrontationskurs mit europäischen Eliten begibt, so auch mit seiner Gefährtin in der Europäischen Volkspartei (EVP), Bundeskanzlerin Merkel, meint der ungarische Premierminister, dass die derzeitige Krise nicht nur von Nutzen für seine politische Agenda daheim ist, sondern auch sein negatives internationales Image außerhalb Ungarns, nämlich das eines autoritären Populisten, in ein neues Licht setzt. Er scheint davon überzeugt zu sein, dass ihm die Flüchtlingskrise die Chance bietet, sich als Verteidiger des Christentums und Europas darzustellen und damit den »wahren Willen« der Europäer zum Ausdruck zu bringen.

Symbolische Handlungen ohne politische Konsequenzen

Nach mehr als fünf Jahren voller Konflikte zwischen der ungarischen Regierung und der Europäischen Union zeigt sich deutlich, dass der EU die notwendigen Instrumente und Me-

chanismen für den Umgang mit Rechtspopulismus und illiberalen Tendenzen, wie sie in Ungarn vorherrschen, fehlen. Das Europäische Parlament hat sich zwar mehrfach mit der Lage in Ungarn befasst, Entschließungen und einen Bericht zur politischen Entwicklung in Ungarn angenommen. Doch diese Debatten und schriftlichen Dokumente sind weitestgehend symbolische Handlungen und ohne wirkliche politische Konsequenzen geblieben. Viktor Orbán ist sich bewusst, dass internationale Skandale ohne rechtliche Folgen nur sehr begrenzten Einfluss auf seine Popularität daheim haben. Die Konflikte mit dem Europäischen Parlament konnte er leicht durch den Schutz seitens der Europäischen Volkspartei in den Griff bekommen.

In den letzten Jahren ist die Europäische Kommission zwar in ihrem Ton vorsichtiger als das Europäische Parlament, doch effektiver im Hinblick darauf gewesen, die ungarische Regierung auf einem europäischem Kurs zu halten. Gleichzeitig muss darauf hingewiesen werden, dass ihr dies nur in Situationen gelang, in denen sie spezielle finanzielle oder rechtliche »Disziplinarinstrumente« zur Hand hatte. Vertragsverletzungsverfahren oder finanzielle Maßnahmen führten meist zu einem Einlenken der ungarischen Regierung. Dennoch vertraten die Juristen der Europäischen Kommission in vielen Fällen, wenn internationale Bürgerrechtsorganisationen und die Presse Ungarn des Verstoßes gegen die »Grundprinzipien der EU« beschuldigten, die Meinung, dass derartige Handlungen der ungarischen Regierung nicht in den EU-Zuständigkeitsbereich fallen. Offene Kritik seitens führender EU-Politiker wurde von der ungarischen Regierung zumeist ignoriert oder als politisch motiviert zurückgewiesen.

Es hat sich auch gezeigt, dass die europäischen Institutionen nur über ein sehr beschränktes Instrumentarium verfügen, um gegen einen Mitgliedstaat Maßnahmen bei Verfehlungen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, politische Rechte und Pressefreiheit zu ergreifen. ●



András Bíró-Nagy ist Mitgeschäftsführer und Forschungsdirektor der ungarischen Denkfabrik »Policy Solutions«. Zuvor arbeitete er bei der Europäischen Kommission als politischer Berater des ungarischen EU-Kommissars für Beschäftigung, Soziales und Inklusion, László Andor. »Policy Solutions« ist ein langjähriger Partner des Budapester Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die freundliche Avantgarde des Leninismus

Podemos und die Folgen für Spanien

Von Michael Ehrke

Wer den Charakter von Podemos («Wir können es») aus den Programmen der neuen Partei herauszulesen versucht, wird in die Irre geführt. Podemos trat zu den Europawahlen 2014 mit einem linken Programm an, korrigierte dies aber später in Richtung Sozialdemokratie. Die Partei ging überraschend moderat mit einer von der Regierung geplanten Verschärfung des Abtreibungsrechts um, und Parteiführer Pablo Iglesias beschwor in seinen Reden Dutzende Male das »Vaterland« – was in Spanien eher an Franco erinnert. Iglesias zufolge geht es in Spanien nicht um links gegen rechts, sondern um unten gegen oben, die »Leute« gegen die »Kaste« der Alt-Politiker. Die wechselnden Programme lassen die neue Partei als ein schwer zu definierendes Gemisch aus Populismus, Sozialdemokratie und linkem Anti-Kapitalismus erscheinen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass sich die Führungsgruppe von Podemos aus radikalen Marxisten zusammensetzt – was deren Mitglieder auch offen zugeben. Iglesias selbst gab an, die Aufgabe eines Revolutionärs – also seine – sei es, die Revolution herbeizuführen, mit den Ingredienzien, die die jeweiligen Zustände zur Verfügung stellen. Vorbild für Iglesias waren zunächst die Globalisierungsgegner, die sich in Spanien in der »antikapitalistischen Linken« organisiert hatten. Diesem kosmopolitischen Politikmodell gegenüber setzte sich jedoch ein alternativer Ansatz durch: die Erfahrungen des lateinamerikanischen Populismus in Venezuela, Bolivien und Ecuador. Dieser Populismus konstruiert einen Gegensatz zwischen dem »Volk«, innerhalb dessen alle Interessengegensätze und Meinungsunterschiede aufgehoben sind, und einer winzigen, vom Ausland abhängigen Oligarchie.

Und genau diesen Gegensatz glaubten die Führer von Podemos in Spanien vorzufinden. Eine schwere Wirtschaftskrise und hohe Arbeitslosigkeit hatten die beiden führenden Parteien des Landes, die seit 1982 einander an der Regierung abgelöst hatten, die sozialistische PSOE und die konservative Volkspartei PP, diskreditiert. PSOE und PP waren verantwortlich für eine harte Austeritätspolitik, die dem Lande von außen aufgezwungen worden war. Der Protest der »Empörten«, der meist jungen Leute, die 2011 auf den Plätzen der großen Städte kampierten und der bei 70 Prozent der Spanier auf Verständnis stieß, richtete sich nicht mehr gegen die Regierung, sondern gegen »das System«, von dem sich die »Empörten« nicht mehr repräsentiert sahen. Der »populistische



Moment« schien sich anzubahnen. Was nun fehlte, war nicht die Artikulation von Interessen oder der Entwurf konkreter Politikansätze, sondern ein Logo und ein Gesicht. Podemos verband beides und platzierte das Gesicht Pablo Iglesias' auf den Europa-Wahlscheinen als Parteilogo.

Podemos erzielte aus dem Stand acht Prozent der Stimmen und fünf Sitze im Europaparlament. Die Partei behielt programmatisch ihre kalkulierte Schwammigkeit bei, um keinen potenziellen Wähler vor den Kopf zu stoßen.

Nach den Regional- und Kommunalwahlen im Mai ging Podemos in mehreren Regionen und Städten Bündnisse mit der PSOE ein und verhinderte so eine PP-Regierung, beschädigte aber auch das Image einer konsequenten Systemgegnerin.

In den nationalen Parlamentswahlen im Dezember 2015 erzielte Podemos mit über 20 Prozent der Stimmen 69 Mandate – gegenüber den 22 Prozent der PSOE. Knapp hinter der PSOE und 29 Sitze vor den Ciudadanos – dies ist zwar noch nicht die Erstürmung des Himmels, aber ein beachtliches Ergebnis. Von den 69 Mandaten sind jedoch nur 42 Podemos selbst zuzuschreiben, 27 Mandate kommen regionalistischen Bündnispartnern aus Katalonien, Valencia und Galizien zugute, die im Parlament jeweils ihre eigenen Fraktionen bilden wollen. Das für Podemos typische Gemisch aus Populismus, Sozialdemokratie und linkem Antikapitalismus wird also mit einem regionalistischen Element angereichert werden. ●

Michael Ehrke ist Büroleiter der FES in Spanien.

Vom Motor zur Bremse? Die EU und die Gleichstellungspolitik

Von Patrick Stegemann und Kristin Linke



70 Jahre. Siebzig! Jahre! So lange wird es bei gleichbleibender Entwicklung dauern, bis in Europa Geschlechtergleichstellung erreicht ist, stellte die Europäische Kommission 2014 fest. Frauen verdienen in Europa heute im Durchschnitt etwa 17 Prozent weniger als Männer, sie sind häufiger von Armut betroffen, bekleiden seltener Führungspositionen. Während sich in Deutschland der Anteil von Frauen in Führungspositionen langsam erhöht und ab 2016 auch gesetzlich auf 30 Prozent festgeschrieben ist, droht in der EU, zumindest bei der gesetzlichen Förderung von Frauen, Stillstand.

Lange sah es so aus, als würde die Gleichstellungsstrategie ersatzlos auslaufen, nun liegt ein Vorschlag von Justizkommissarin Věra Jourová vor. Anders als zuvor handelt es sich dabei nicht um ein Strategiepapier mit höherer Verbindlichkeit, allenfalls um ein Arbeitspapier. »Das wäre ein weiterer Schritt in die Bedeutungslosigkeit der EU-Gleichstellungspolitik«, sagt Irene Pimminger, die das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut de facto leitet und für die Friedrich-Ebert-Stiftung die Gleichstellungspolitik der EU analysiert hat. Tragisch sei das Fehlen einer Genderstrategie insbesondere angesichts der Rolle Europas in Fragen der Gleichstellungspolitik: Lange war die Staatengemeinschaft Treiberin in Sachen Gleichstellung. Schon in den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaft von 1957 ist das Verbot der Lohndiskriminierung festgeschrieben.

Die EU hat seit den 1990er Jahren wichtige gleichstellungspolitische Impulse initiiert: über finanzielle Mittel für konkrete Aktionen bis hin zu Richtlinien in ganz unterschiedlichen Politikbereichen. Als Ziel ist Gleichstellung auch in den zentralen europäischen Verträgen verankert, es fehlt

aber zunehmend an politischem Willen, diesen Anspruch auch mit Leben zu füllen. »In den letzten Jahren hat die EU-Gleichstellungspolitik merklich an Sichtbarkeit und politischer Relevanz verloren«, so Pimminger.

Schon im November 2015 hatten Vertreter der Zivilgesellschaft und Politik auf der Tagung »Es steht viel auf dem Spiel – Wohin geht die europäische Gleichstellungspolitik nach 2015?« vor einem Auslaufen der Gleichstellungsstrategie gewarnt.

Nun hat die zuständige EU-Kommission zwar einen Vorschlag für ein Arbeitspapier zur Geschlechtergerechtigkeit vorgelegt, doch ein adäquater Ersatz für das auslaufende Strategiepapier ist das nicht. Zu vage, zu unverbindlich, sagen viele Kritiker_innen.

»Das Thema darf nicht in die zweite oder dritte Reihe rücken, sondern muss weiter als wichtiger Grundsatz dienen«, hatte Kurt Beck in seiner Eröffnungsrede der FES-Tagung gefordert.

Als »gleichstellungspolitischen Offenbarungseid« bezeichnete Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, das Fehlen einer neuen Gleichstellungsstrategie. ●

Patrick Stegemann ist freier Journalist.

Kristin Linke ist Referentin im Referat Westeuropa und Nordamerika.



Sag beim Abschied leise Servus?

Aktuelle Entwicklungen in der EU-Gleichstellungspolitik

Von Irene Pimminger

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/id/12021.pdf>

Europa. Und was hab ich damit zu tun?

Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Von Frederic Werner



Sie werden ihre Gründe haben, die Küstenfischer und Landwirte, die einen Aufkleber mit durchgestrichenem Sternenkranz auf blauem Hintergrund – meistens noch mit dem Slogan »NO-EU« – auf ihre Kutter und Landmaschinen kleben.

Nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern hadern Bauern und Fischer mit Vorschriften, die ihnen die EU tatsächlich oder angeblich macht. Der Frust über eine vermeintlich ausufernde, intransparente Bürokratie Europas ist auch auf den Veranstaltungen der FES vor Ort zu spüren, aber in erster Linie ist Brüssel einfach gefühlt tausend Mal weiter weg von Stralsund, Hagenow und Wolgast als sowieso schon von Berlin, Hamburg oder Frankfurt. Die meisten Menschen denken in erster Linie kommunal.

Wer für Europa wirbt, der muss also ein Überzeugungstäter sein und einen langen Atem haben. Das gilt wohl allgemein und im ländlichen Raum noch einmal mehr.

In Schwerin kümmert sich die Staatskanzlei mit einer eigenen Abteilung intensiv um das Europa-Thema. Vier Europa-Abgeordnete touren durch das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern und werden nicht müde, sich den Fragen der Menschen zu stellen. In Rostock gibt es ein europäisches Integrationszentrum und in Waren/Müritz eine Europa-Akademie. Und dennoch: Die große Europa-Union hat gerade mal noch etwas über 100 Mitglieder im Land, und bei Veranstaltungen zum Thema Europa ist die Teilnahme meist überschaubar. Warum ist das so?

Das Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern sieht es als wichtige Herausforderung, die europäisch denkende Zivilgesellschaft zu fördern. Mit jeweils über 20 Veranstaltungen in den letzten zwei Jahren stemmen wir uns gegen den Trend,

Europa der schmähenden Meinungsmache zu überlassen. Dazu gehören Planspiele mit Schüler_innen genauso wie Veranstaltungen zu den Themen Jugendarbeitslosigkeit, Rechtspopulismus, Eurokrise, Ukraine-Konflikt oder TTIP – da allerdings war die Veranstaltung auch mal übervoll.

Im Fokus steht der Ansatz, Anknüpfungspunkte an den Lebensalltag der Teilnehmenden zu finden: Fischereipolitik, die Flüchtlingsfrage oder gebündelt im Workshop »Europa! Und was hab ich damit zu tun?«.

Dem Eindruck, dass Europa nichts taugt und an allem schuld ist, stellen wir uns entgegen.

Aber ein allein positives Bild als Ausgangspunkt entspricht auch nicht immer der Realität – der kritische Blick ist und bleibt wichtig.

Durch Begegnungen wird Europa greifbarer. Wir in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen seit Jahren in der Metropolregion Stettin den Aufbau einer grenzüberschreitenden deutsch-polnischen Zivilgesellschaft.

Dabei richten wir uns an ein breites Publikum, auch zur Ermutigung all derjenigen, die sich für eine europäische Zivilgesellschaft einsetzen, die dringender denn je benötigt wird. Und vielleicht kommt dann der eine oder andere auf die Idee, mit einem Europa-Aufkleber am Auto auch mal seine Sympathie zu zeigen. ●

Frederic Werner ist Leiter des Landesbüros Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzender der Europa-Union, Kreisverband Schwerin.

gute gesellschaft – soziale demokratie # 2017 plus

Was macht die »Gute Gesellschaft« aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft sowie eine Demokratie, an der die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Wir sind davon überzeugt, dass diese »Gute Gesellschaft« von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität getragen wird.

Für das Projekt »gute gesellschaft – soziale demokratie 2017plus« nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden und konkrete Ideen für die Politik zu entwickeln.

Der Wert gleicher Lebensverhältnisse

Neues Wachstum durch gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik

Von Philipp Fink



Das verfassungsrechtliche Gebot der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse kann nicht mehr eingelöst werden. Zeit für einen Appell an die Politik, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

»Vielfalt statt Gleichwertigkeit« lautet die neue Zauberformel in der Bundesrepublik. Diese Formel klärt allerdings nicht darüber auf, was darunter genau zu verstehen ist: Sollen vielfältige Lebensformen gefördert werden? Sollen neue Ungleichheiten toleriert werden? Oder beugen wir uns der Tatsache, dass wir es in Deutschland seit jeher mit differenzierten regionalen Lebenswelten zu tun haben?

Die Wissenschaftler_innen Claudia Neu, Jens Kersten und Berthold Vogel haben nun das Positionspapier »Der Wert gleicher Lebensverhältnisse« verfasst und machen darin deutlich, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ein eindeutiger Verfassungsauftrag an die Politik ist.

Trotz guter Konjunktur driftet Deutschland zwischen Nord und Süd, Ost und West weiter auseinander. Die wachstumsstarken Regionen laufen den schwächeren davon, die Schwachen drohen weiter von den Impulsen für Wachstum und Beschäftigung abgehängt zu werden. Gerade diese Regionen haben zunehmend Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Immer mehr Kommunen und Landkreise können dem Teufelskreis aus Verschuldung, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und Abwanderung nicht entkommen. Zusätzliche Aufgaben, wie die lokale Organisation der Pflege oder neuerdings die Flüchtlingsunterbringung, überfordern die Verantwortlichen oft bei der Erfüllung des grundgesetzlichen Gebots: der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Gerade deshalb sollte die momentane Diskussion um die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die demografische Entwicklung sowie die Finanzierung der Unterbringung von Flüchtlingen und deren Integration genutzt werden, um eine umfassende Debatte über den Wert gleichwertiger Lebensverhältnisse und ihre Erreichbarkeit zu führen. Dieser Idee folgend hat die FES bereits 2013 ein Konzept zur Bekämpfung der wachsenden sozialökonomischen Disparitäten vorgelegt und kontinuierlich weiterentwickelt.

In ihrem Positionspapier »Der Wert gleicher Lebensverhältnisse« argumentieren die Autor_innen, dass nicht die Nivellierung nach unten die Maxime ist, sondern der Entwurf eines neuen Integrationsversprechens, das auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität basiert.

Die Gleichheit der Chancen ermöglicht die wirtschaftlich und sozial erfolgreiche Teilnahme am Arbeitsleben und an sozialen Alltagsbeziehungen. Die Grundlage hierfür bildet ein ausgebauter und leistungsfähiger Sozialstaat. Der Staat ist deshalb verfassungsrechtlich verpflichtet, allen Bürger_innen gleichen und das heißt diskriminierungsfreien Zugang zu diesen Bereichen der Daseinsvorsorge zu gewährleisten. ●

Dr. Philipp Fink ist Leiter der Arbeitslinie Gleichwertige Lebensverhältnisse.



Der Wert gleicher Lebensverhältnisse

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12016.pdf>

Lebensqualität und Gerechtigkeit

Suche nach einer neuen Stadtteilpolitik

Von René Bormann



In den letzten Jahrzehnten haben Städte in Deutschland große soziale Integrationskräfte bewiesen und außergewöhnliche soziale und ökonomische Entwicklungschancen geboten.

Mit der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich haben sich jedoch die verschiedenen Quartiere spürbar auseinanderentwickelt. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2013 zeigt, dass das Lebensumfeld und die soziale Herkunft einen entscheidenden Einfluss auf Bildungsgrad und Aufstiegschancen haben. Das Quartier kann somit nicht nur Wohlstand und Perspektiven eröffnen, sondern auch verringern.

In einer demokratischen Gesellschaft muss für alle Menschen, ganz gleich ob in wachsenden oder schrumpfenden, prosperierenden, ländlichen oder städtischen Quartieren, eine Entwicklungsperspektive erkennbar sein. Dies erfordert eine Politik, die den Menschen und deren Quartiere in den Blick nimmt. Es gibt heute viele gute Ansätze und Förderprogramme zur integrierten Stadtentwicklung. Trotzdem gelingt es nur bedingt, den ressort- und ebenenübergreifenden Ansatz praxistauglich umzusetzen.

Um allen Bewohner_innen Wohlstand zu ermöglichen, ist soziale und kulturelle Vielfalt im Quartier erforderlich. Sie trägt dazu bei, dass Menschen mit geringem, mittlerem und hohem Einkommen, Alte und Junge, Familien mit Kindern und Singles, Einheimische und Zugezogene neben- und miteinander leben können. Es gilt Vielfalt so zu ermöglichen, dass gruppenübergreifende Wertschätzung sowie Solidarität, Chancen und Stabilität im Wohnumfeld gestärkt werden. Eine soziale Quartierspolitik erfordert außerdem ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten, Gewerbeflächen, Arbeitsplätzen, medizinischer Versorgung, Grünflächen, Freizeit- und Sportangeboten sowie kulturellen Einrichtungen.

Ein soziales Quartier benötigt schließlich auch Beteiligung, Engagement und Eigeninitiative. Eine aktive Quartierspolitik muss den Gestaltungswillen und das Engagement von Menschen, Wirtschaft und Institutionen vor Ort unterstützen. Konflikte müssen offen benannt, ernst genommen und konsequent angegangen werden. Erforderlich hierzu sind dauerhafte und ausreichend finanzierte Strukturen.

Wie lässt sich eine entsprechende Politik in Bund, Land und vor Ort umsetzen? Was können Politik, Verwaltung und Bewohner_innen leisten? Wie können sie in ihrer Arbeit unterstützt werden? Im Projekt »Soziales Quartier« der FES wurden bereits konkrete Vorschläge erarbeitet. ●

René Bormann ist Leiter des Arbeitsbereichs Stadtentwicklung, Bau und Wohnen.



Das Soziale Quartier – Quartierspolitik für Teilhabe, Zusammenhalt und Lebensqualität

<http://www.fes.de/lnk/1z9>

GASTBEITRAG

Deutschland braucht Einwanderung

Von Karamba Diaby

Seit Juni 2015 gibt es die Projektgruppe »#NeuesMiteinander – Einwanderungsland Deutschland« der SPD-Bundestagsfraktion. Sie ist eine von sechs Projektgruppen des »Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit«. (...) In unserer Projektgruppe werden wir 2016 vier Themen bearbeiten: Integration von Flüchtlingen, Integrationskonzepte für die Einwanderungsgesellschaft, kulturelle und religiöse Vielfalt und Einwanderungsregelungen.

STUDIE

Vielfalt nimmt zu

Zuwanderung dämpft Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung

Von Günther Schultze



Die deutsche Gesellschaft wird durch Zuwanderung langsamer schrumpfen und weniger schnell altern. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die im Rahmen des FES-Projekts »gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus« vom ifo-Institut, Niederlassung Dresden, erstellt wurde. Ohne Netto-Zuwanderung wäre die Bevölkerungszahl im Jahr 2030 im Vergleich zu Beginn des Jahres 2014 um 5,3 Millionen Menschen geringer, bis 2040 sogar um 9,8 Millionen und würde damit auf rund 71 Millionen schrumpfen.

Die Studie berechnet zum ersten Mal, wie sich der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung entwickeln wird. Das Ergebnis: Die Vielfalt der in Deutschland lebenden Bevölkerung wird auf jeden Fall zunehmen. Auch ohne weitere Zuwanderung würde der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bis 2030 auf etwa 24,4 Prozent wachsen, von 20,5 Prozent im Jahre 2013. Mit Zuwanderung wird er 2030 sogar voraussichtlich fast 30 Prozent erreichen.

Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass die Gruppe der Zuwanderinnen und Zuwanderer immer unterschiedlicher wird. Früher konzentrierten sie sich auf wenige Herkunftsländer. Vor 15 Jahren stellten die vier wichtigsten Herkunftsländer mehr als die Hälfte der Ausländer_innen in Westdeutschland, heute sind es acht.

Im Jahr 2013 kamen rund 64 Prozent der Zuzüge aus der EU, 13 Prozent aus dem restlichen Europa und 23 Prozent aus dem Rest der Welt.

Günther Schultze ist Leiter des Gesprächskreises Migration und Integration.



Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland

Die Studie ist vor den Flüchtlingszuwanderungen der Jahre 2014 und 2015, die zu einer noch größeren Heterogenität der Bevölkerung führen wird, entstanden:

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11612.pdf>

Die Studie »Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland« der Friedrich-Ebert-Stiftung erscheint für unser Projekt zu einem guten Zeitpunkt. Wir können aus der Studie wichtige politische Impulse ziehen: Die vorgelegten Prognosen über die demografische Entwicklung führen uns deutlich vor Augen, wie sehr Deutschland Einwanderung braucht. Denn auch bei relativ hohen Einwanderungszahlen wird die Bevölkerungszahl langfristig abnehmen. Für mich ist klar: Wir müssen die gesellschaftliche Debatte über Einwanderung so führen, dass deutlich wird: Deutschland ist nicht nur wirtschaftlich stark genug, um viele Menschen aufzunehmen – es braucht auch aus demografischen Gründen Einwanderung. Ganz abgesehen davon, dass Einwanderung unser Land seit jeher prägte.

Die vorausgesagte zunehmende Vielfalt birgt ein großes Potenzial für ein offenes Land, für ein Einwanderungsland. Es ist an Politik und Gesellschaft, diese Vielfalt anzuerkennen, sie wertzuschätzen und gesellschaftliche Diskussionen etwa zu einer »neuen deutschen Identität« anzustoßen.



Dr. Karamba Diaby, MdB, leitet gemeinsam mit dem Abgeordneten Dr. Matthias Bartke das Projekt »#NeuesMiteinander – Einwanderungsland Deutschland« der SPD-Bundestagsfraktion.



GUTACHTEN

Wirtschaft fair gestalten Zur Durchsetzung von Verbraucherrechten

Von Robert Philipps

Unser aller Alltag als Verbraucherin oder Verbraucher ist durch eine Vielzahl von Rechtsgeschäften geprägt – sei es als Konsument, als Kapitalanlegerin oder Versicherungskunde, als Bahn- bzw. Fluggast oder Tourist, als Mieter oder Bauherrin, als Patientin oder beim Datenschutz.

Wollen Verbraucherinnen oder Verbraucher ihr Recht durchsetzen, weil sie geschädigt wurden, müssen sie in Deutschland in aller Regel individuell gegen das rechtsverletzende Unternehmen vor Gericht ziehen. Für die meisten stellt dies eine große, oft unüberwindbare Hürde dar. Wer möchte schon als Privatperson gegen einen möglicherweise großen und mächtigen Konzern rechtlich zu Felde ziehen?

Die Konsequenz ist, dass viele Schadensfälle häufig folgenlos bleiben. Auf Seiten der rechtsverletzenden Unternehmen führen die Gesetzesübertretungen zu beträchtlichen Einnahmen, und teilweise kalkulieren diese Unternehmen damit, dass Verbraucher am Ende ihre Ansprüche nur selten durchsetzen. Geschädigt werden dadurch aber nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch die große Mehrheit der rechtstreu handelnden Firmen.

Die FES hat vor diesem Hintergrund in einem Gutachten untersucht, welche Möglichkeiten bestehen, die Rechtsdurchsetzung für Verbraucher_innen in Deutschland zu verbessern.

Wie kann die Kompensation von erlittenen Schäden erleichtert werden? Im Gutachten werden internationale Beispiele ausgewertet, die für Deutschland zumindest partiell Vorbildcharakter haben können.

Insbesondere in Frankreich, den USA, Großbritannien, Belgien und den Niederlanden wurden Möglichkeiten geschaffen, mit denen die betroffenen Verbraucher beispielsweise gemeinsam im Rahmen eines Gruppenverfahrens ihre Ansprüche vor Gericht geltend machen können. Dies hat den Vorteil, dass das Prozesskostenrisiko und der Aufwand für den Einzelnen viel geringer ausfallen. In Deutschland besteht diese Möglichkeit bislang nicht oder nur sehr eingeschränkt. Zentrale Forderung des Gutachtens ist es daher, auch in Deutschland Instrumente für eine kollektive Rechtsdurchsetzung von Verbrauchern zu schaffen bzw. deutlich auszubauen. ●

Robert Philipps ist Leiter des Gesprächskreises Verbraucherpolitik.

Weiterführende Informationen zur verbraucherpolitischen Arbeit der FES:

→ <https://www.fes.de/wiso/content/verbraucher.php>

Das Prinzip der »Solidarischen Flexibilität«

Denkraum »Arbeit – Leben – Fortschritt«

Von Matthias Klein

Wie können die sozialen Sicherungssysteme an die Anforderungen der Arbeitswelt der Zukunft angepasst werden? Wie lässt sich sicherstellen, dass Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte mit dem Wandel Schritt halten?

Diese Leitfragen wurden von Expert_innen aus Gesellschaft, Politik und Gewerkschaften im »DenkraumArbeit« diskutiert. Nach einem Auftaktworkshop Mitte Mai 2014 folgte eine intensive Arbeitsphase in den vier jeweils nach inhaltlichem Fokus organisierten AGs zu den Themen Arbeitszeit, Digitalisierung, Arbeitsmarkt und soziale Sicherung sowie Weiterbildung.

Als übergreifendes Leitbild wurde das Prinzip der »Solidarischen Flexibilität« identifiziert: Flexibilität, herausgelöst aus einem rein betriebswirtschaftlichen Verständnis, braucht eine neue beschäftigtenorientierte Ausrichtung, die auf die Herstellung eines betrieblichen Konsenses zielt.

In der anschließenden Podiumsdiskussion nahm Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles eine Priorisierung innerhalb

der Thesen vor, wobei das Für und Wider eines Rechtsanspruches auf Wahlarbeitszeit breiten Raum einnahm. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig sah vor allem Handlungsbedarf in der Kommunikation des Begriffes der »Flexibilität«, welcher bislang auf dauerhafte Verfügbarkeit und immer längere Arbeitszeiten verengt wurde. Einen weiteren Schwerpunkt setzte sie auf die angestrebte Neuverortung und Gleichgewichtung von Arbeit, Familie und Ehrenamt.

Ist der »DenkraumArbeit« damit geschlossen? Klar ist, dass die Debatte um das zukünftige Verhältnis von Arbeit und Leben zunehmend an Fahrt gewinnt. Klar ist auch, dass eine solche Debatte in einem abgegrenzten Raum kaum abschließend beendet werden kann. Es konnten jedoch Konturen neuer Leitbilder für Arbeit und Leben erarbeitet und damit der Boden für eine progressive und an »Guter Arbeit« orientierten Ausgestaltung der Arbeitswelt der Zukunft bereitet werden. ●

Matthias Klein ist Leiter des Arbeitsbereichs Gewerkschaften & Mitbestimmung.

Bei der Abschlusskonferenz am 17. November 2015 wurden als Ergebnis die zehn Müggelseer Thesen präsentiert

- 1 Zeitsouveränität steigern**
→ gesetzlicher Anspruch auf Wahlarbeitszeit
- 2 Verantwortungsvolle Unternehmen belohnen**
→ steuerliches Bonussystem
- 3 Selbstbestimmte Erwerbsbiografien unterstützen**
→ Lebenschancenbudget
- 4 Lebensverläufe berücksichtigen – Risiken absichern**
→ Arbeitsversicherung
- 5 Weiterbildung für alle ermöglichen**
→ individueller Rechtsanspruch
- 6 Weiterbildung transparent gestalten**
→ »Dachmarke Weiterbildung«
- 7 Weiterbildungsqualität verbessern**
→ Gewährleistung guter Arbeit
- 8 Arbeitssuchende zielgenau fördern**
→ Umgang auf Augenhöhe
- 9 Schutzfunktion sozialer Sicherungssysteme erhalten**
→ steuerfinanzierte Mindestsicherung
- 10 Gesellschaftliche Infrastruktur sichern & sozialen Ausgleich im digitalen Kapitalismus gewährleisten**

Den digitalen Wandel vermessen

Die #DigiKon15

Von Eva Ellereit

Im Zuge der Digitalisierung haben sich das gesellschaftliche Leben, die Kommunikation, der berufliche Alltag und jedes Feld der Politik verändert und werden von technologischen Neuerungen geprägt.

Lässt sich dieser Wandel noch gestalten? Das war die zentrale Frage der #DigiKon15, des Digitalisierungskongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Kongress fand im Rahmen des abteilungsübergreifenden Projekts »gute gesellschaft – soziale demokratie 2017plus« statt. Am 24. Und 25. November 2015 haben die Kongressteilnehmer_innen gemeinsam den digitalen Wandel vermessen und Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne der Sozialen Demokratie entwickelt.

Wie wollen wir arbeiten? Wie wollen wir entscheiden? In 40 Impulsforen, drei Podiumsdiskussionen und einer Fishbowl-Diskussion konnten Wissenschaftler_innen, netzpolitische Journalist_innen, Führungskräfte aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften, Unternehmer_innen sowohl aus Großkonzernen als auch aus der Start-up-Branche sowie Vertreter_innen der Zivilgesellschaft Perspektiven auf den digitalen Wandel der Gesellschaft austauschen. Bundesarbeitsmi-

nisterin Andrea Nahles mahnte in ihrer Eröffnungsrede: »Damit Menschen nicht ihre Arbeit verlieren, müssen wir vor allem eins tun: qualifizieren. Jetzt. Rechtzeitig.« Durch die Einbindung digitaler Beteiligungsformate in den Podiumsdiskussionen hatten auch die Zuschauer_innen des Livestreams die Möglichkeit, Fragen und Kommentare in die Debatten vor Ort einzubringen. Diskussionen aus den Sozialen Medien und dem Livechat wurden durch Publikumsanwält_innen in die Veranstaltung eingebracht. Der Austausch zwischen Referent_innen und Teilnehmer_innen sowie Zuschauer_innen aus dem Netz und die Bandbreite der diskutierten Themen haben den Kongress besonders ergiebig gemacht. ●

Eva Ellereit ist Referentin im Landesbüro NRW und war Teil des Teams der #DigiKon15.

Hier finden Sie alle Kongressveranstaltungen, Interviews und Kommentare

→ <http://www.fes.de/de/digikon15/>





Zentrale Erkenntnisse der Debatten

Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik

Die Gestaltung der Digitalisierung ist kein Nischenthema für Technikbegeisterte, sondern steht im Zentrum der Gesellschaft. Dort entscheiden sich die Grundlagen unseres künftigen Zusammenlebens.

Demokratie ist die Voraussetzung für digitalen Fortschritt

Wenn die Digitalisierung im Sinne einer guten Gesellschaft gestaltet werden soll, kann das nur mit einer demokratischen und sozialen Einbettung der Digitalisierung gelingen. Bisher hat sich dagegen ein ungebändigter Datenkapitalismus entwickelt. Es wird Zeit für demokratische und soziale Spielregeln in der Digitalisierung.

Daten schützen und Daten nutzen

Zu den kritischen Größen in der Digitalisierung gehört der Umgang mit Daten. Sie können Wohlstand und Wachstum mehren und zugleich individuelle Freiheit beschneiden. Der Umgang mit Daten muss daher differenziert und klug sein: Personenbezogene Daten müssen bestmöglich und mindestens auf europäischer Ebene geschützt werden.

Digitale Arbeit und sozialer Fortschritt

In der Arbeitswelt ist der digitale Wandel besonders sichtbar. Sie ist schon heute durch Flexibilisierung, Beschleuni-



»Damit Menschen nicht ihre Arbeit verlieren, müssen wir vor allem eins tun: qualifizieren. Jetzt. Rechtzeitig.«

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles in ihrer Eröffnungsrede

gung, Entgrenzung und immer raschere Innovationszyklen geprägt. Wer will, dass digitale Arbeit gute Arbeit wird, muss die bestehenden Schutzmechanismen auch auf den digitalen Raum beziehen. Daher müssen betriebliche Mitbestimmung und soziale Absicherung weiterentwickelt werden, Plattformen in die Finanzierung des Sozialstaats einbezogen und lebensbegleitendes Lernen ermöglicht und gefördert werden.

Medienbildung und digitale Öffentlichkeit

Die digitale Öffentlichkeit ist fester Bestandteil öffentlicher Kommunikation geworden, durchdringt aber auch zunehmend private Kommunikationswege. Um eine Teilhabe aller zu gewährleisten, ist Medienbildung zwingend in den Bildungsweg zu integrieren. Dies betrifft insbesondere das

lebenslange Lernen. Aufgrund der besonderen Reichweite vermeintlich privater Meinungsäußerungen durch das Netz muss nicht nur die technische Nutzung, sondern auch der persönliche Umgang mit dieser neuen Öffentlichkeit als Bildungsthema ausgebaut werden.

Vervielfältigung von Teilhabe

Die Digitalisierung kann eine deutliche Vervielfältigung von Teilhabechancen bedeuten. Zugänge zu Wissen und Kultur, die Beteiligung an politischen Entscheidungen, die Integration in die Erwerbsarbeit, die Organisation gemeinsamer Interessen – all das kann durch die Digitalisierung schnell, kostengünstig und unabhängig von Zeit und Ort ermöglicht werden. Die Chancen der Digitalisierung im Sinne Sozialer Demokratie sind immens.

Auf dem Weg nach Paris

Simulation der UN-Klimakonferenz 2015

Von Yvonne Lehmann

25 junge Menschen, 17 Nationen und ein gemeinsames Thema und Anliegen: Wie kann ein weltweiter Kompromiss zum Klimaschutz aussehen, der verbindliche Klimaziele für alle 195 Mitgliedstaaten der UN-Klimarahmenkonvention vereinbart? Dazu hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung junge Experten aus NGOs, Parteien und Gewerkschaften nach Berlin eingeladen, um im Rahmen einer UN-Simulation ein Verhandlungstraining zu absolvieren und eigene politische und gesellschaftliche Ansätze zu Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung zu diskutieren. Alle

Teilnehmenden waren bereits in ihren Heimatländern in Klimaprojekten engagiert.

Der Großteil nahm zum ersten Mal selbst an den Verhandlungen teil und nutzte das Lernprojekt zur intensiven Vorbereitung auf Paris. Die Teilnehmenden besuchten Best-Practice-Projekte in Berlin, um Anregungen und konkrete Ideen mit in ihre Heimatländer zu nehmen.

Im Rahmen einer abschließenden Ideenwerkstatt reflektierten die Teilnehmenden ihre eigenen Sorgen, Kritiken, Hoffnungen und Visionen in Bezug auf die zukünftige Klimapolitik.



Solomzi Tshona,
East London

»The conference was an eye opener, a center of idea sharing and a great experience for us youth to see how multilateral negotiations take place.«

Gefordert sind aus ihrer Sicht

- die Stärkung der Kompetenzen und Fähigkeiten der Verhandlungsführer und Vertreter_innen der Zivilgesellschaft,
- institutionelle Koordination und Reformen der globalen Klimadiplomatie,
- die Verbesserung der Klimafinanzierung und
- die Sensibilisierung der Weltbevölkerung für Klimafragen,
- die Schaffung menschenwürdiger und nachhaltiger grüner Arbeitsplätze,
- technologische Innovation und Reformen im Bereich der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs.

Über allem stand die Frage, wie man eine nachhaltige Entwicklung und die Armutsbekämpfung ohne Zerstörung des Klimas schafft.

Bei dem Projekt wurde deutlich, dass es weltweit viele engagierte junge Klimaexpert_innen gibt, die zwingend in den Klimaschutzprozess eingebunden werden müssen. ●

Yvonne Lehmann ist Leiterin des Lernprojekts im Forum Politik und Gesellschaft.

»Very excellent conference negotiations were alive and reflect the views of the actual multiple countries, multiple cultures, all of which led to obtain a beautiful varied and distinctive negotiate and also added me a lot of experience.«

Alya'a Hathal,
Bagdad

Video-Dokumentationen

→ <https://youtu.be/ANu4XiUEyAE>

→ <https://youtu.be/66vwfWUCgV0>



Notizen

++ Die Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten ist angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen Europa steht, unzureichend. Strategien zur Stärkung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik hat eine Task Force des FES-Büros in Brüssel und des Centre for European Policy Studies unter Leitung des ehemaligen Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, erarbeitet. Auf Einladung des FES-Büros Prag hat der deutsche Wehrbeauftragte Dr. Hans-Peter Bartels, Mitglied der Task Force, dort die Ergebnisse vor verteidigungspolitischen Expert_innen präsentiert. ++

++ Gemeinsam mit dem Stockholm International Peace and Research Institute organisierte die FES in der zweiten Jahreshälfte 2015 insgesamt fünf Workshops in den afrikanischen Subregionen zu den spezifischen Bedingungen und Herausforderungen für UN-Friedensmissionen auf dem afrikanischen Kontinent. Teilnehmer waren neben Expert_innen auch Vertreter_innen verschiedener Regierungen sowie der Zivilgesellschaft und kamen aus insgesamt 35 afrikanischen Ländern. Die Workshops bilden die Grundlage für eine umfassende Bestandaufnahme der Friedensmissionen in Afrika und konkrete Empfehlungen, die im September 2016 bei den Vereinten Nationen in New York präsentiert werden. ++



++ Tunesien, das Land, wo der »Arabische Frühling« seinen Anfang nahm, gilt fünf Jahre nach der Revolution noch immer als Hoffnungsschimmer in der konfliktreichen arabischen Welt. Es ist auch dieser Hoffnungsschimmer, den das Nobelpreiskomitee 2015 gestärkt hat, als es das für den Wandel in Tunesien maßgeblich verantwortliche »Quartett für nationalen Dialog« auszeichnete. Mit dem tunesischen Gewerkschaftsbund UGTT und der tunesischen Menschenrechtsliga, die im Quartett vertreten waren, verbindet die FES eine enge, langjährige Partnerschaft. Am 20. November war einer der Preisträger, der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, Houcine Abassi, zu Gast in der FES Berlin. Im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion, in Kooperation mit der Deutschen Afrika-Stiftung, stand der schwierige Übergang Tunesiens zur Demokratie. ++ (Foto: Konstantin Boerner)

++ Welche menschenrechtliche Verantwortung tragen Unternehmen in den internationalen Wertschöpfungsketten? Welche Standards werden von Unternehmen erwartet, wenn sie beispielsweise Textilien im Ausland produzieren lassen? Und welchen Einfluss haben sie auf ihre Zulieferer? Diese Fragen sollen durch den sogenannten Nationalen Aktionsplan »Wirtschaft und Menschenrechte« geklärt werden. Dieser Prozess geht zurück auf die sogenannten UN Guiding Principles for Business and Human Rights, die 2011 einstimmig vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedet wurden. Die FES hat durch ein Gutachten Lösungsvorschläge erarbeitet und beteiligt sich an der Diskussion, wie ein solcher Aktionsplan aussehen könnte. **++**

→ <http://library.fes.de/pdf-files/iez/11565.pdf>

++ Das Asien-Forum der FES, das jährlich in der Evangelischen Akademie in Tutzing unter der Überschrift »Re-Thinking Asia« stattfindet, hat sich im November 2015 u. a. mit der Umsetzung von Sozialstandards in globalen Lieferketten beschäftigt. Mit dem Vorsitzenden des Ausschusses des Europäischen Parlaments, Bernd Lange, wurde über die Gestaltung und Wirkung von »Sozialkapiteln« in Freihandelsabkommen der EU diskutiert. Vertreter_innen von Gewerkschaften, Unternehmen und Regierungen aus Bangladesch, Kambodscha, Pakistan und Vietnam schilderten die komplexen Wettbewerbs- und Abhängigkeitsverhältnisse, die durch die Marktmacht von Unternehmen beispielsweise in der Textilindustrie entstanden sind. **++**

++ TTIP, das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, weckt Befürchtungen vor negativen Effekten auf Verbraucherschutz und Umweltstandards, Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards hierzulande. Wenig diskutiert aber werden die möglichen Auswirkungen für Entwicklungsländer sowie die Konsequenzen für das multilaterale Welthandelssystem unter dem Dach der WTO. Kurz vor der WTO-Jahrestagung im Dezember lud die FES zu einer internationalen Fachtagung nach Berlin ein, um diese Fragen zu diskutieren. Vor allem im multilateralen WTO-System sehen ärmere Länder noch am ehesten die Möglichkeit, einen gerechteren Welthandel durchzusetzen. **++**

++ Im Rahmen der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris veranstaltete die FES in Kooperation mit Brot für die Welt, IndyACT, Germanwatch und dem WWF am 5. Dezember 2015 ein Side Event, bei dem auf der Basis der gemeinsamen Studie »Pioneers of Change – 21 good practices for sustainable low carbon development in developing countries« mögliche Zusammenhänge zwischen kohlenstoffarmer Entwicklung und Armutsreduzierung diskutiert wurden. Durch die Präsentation von konkreten Beispielen aus dem Globalen Süden hinsichtlich der Bestrebungen hin zu kohlenstoffarmen Entwicklungen wurde deutlich, dass beide Ansätze Hand in Hand gehen können. **++**

++ Wie blickt China auf Europa? Wie sehen Polen und Deutsche die Zukunft des europäischen Projekts? Über diese und weitere Fragen diskutierten im Oktober 2015 führende Sozialwissenschaftler aus China, Deutschland und Polen in einer Veranstaltungsreihe zur Vorbereitung des Humboldt-Forums über den Prozess der Einigung Europas. Dabei wurde deutlich, dass sich China eine größere Rolle Europas in der Welt wünscht. **++**

++ In der von extremer Ungleichheit geprägten Gesellschaft Südafrikas wird seit einiger Zeit über einen Mindestlohn debattiert. Die FES beteiligt sich mit Dialogveranstaltungen und der Förderung eines umfassenden Forschungsprojekts. Erste Erkenntnisse legen nahe, dass ein Mindestlohn in Südafrika deutlich mehr positive als negative Effekte haben würde. Die anhaltenden Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern und der Regierung sind langwierig und zäh. Ein Gesetzgebungsverfahren könnte trotzdem noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden. **++**

++ »Eine Agenda für kommunale Flüchtlingspolitik« beriet der Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Demokratie am 2. Oktober 2015 u. a. mit der stv. Bundestagsfraktionsvorsitzenden Dr. Eva Högl, MdB. Ziel war es, Potenzial, Kontexte und Unterstützungsbedarf des bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe herauszuarbeiten, um am Ende zu einer politischen Agenda zu gelangen. Der Arbeitskreis will das Zusammenwirken einer aktiven Zivilgesellschaft bei der Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft stärken. **++**

++ Aydan Özoğuz, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, sprach in Warschau im Oktober 2015 auf einer Podiumsdiskussion des polnischen Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (ISP) und der FES über die deutsche Flüchtlingspolitik. Die Ministerin unterstrich die Notwendigkeit, das Potenzial der Flüchtlinge, ihre Qualifikationen und Fähigkeiten zu nutzen. **++**

++ Themen der Digitalisierung behandelt die Veranstaltungsreihe »Digitales Rheinland-Pfalz« des FES-Regionalbüro Mainz. Bei einer Veranstaltung in Trier zum Thema »Digitale Möglichkeiten in Gesundheit und Pflege« hob Ministerpräsidentin Malu Dreyer das in Rheinland-Pfalz auf diesem Gebiet bereits Erreichte hervor. ++

++ Die Bildungsreformen der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg sind besser als ihr Ruf. Auf diesen Nenner lassen sich die Ergebnisse der Studie bringen, die das Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg in Auftrag gegeben hat. In einer qualitativen Untersuchung erforschten die Politikwissenschaftler Prof. Dr. Marius R. Busemeyer und Susanne Haastert von der Universität Konstanz die Wahrnehmung der wichtigsten Veränderungen im Bildungssystem seit dem Jahr 2011. ++

→ <http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=12121&ty=pdf>

++ Der Vorstand der Deutschen Telekom AG und CEO von T-Systems, Reinhard Clemens, war am 5. Oktober 2015 zu einem Hintergrundgespräch zu Gast beim Managerkreis der FES. Clemens erläuterte, wie sich Deutschland und Europa in Zeiten der »Industrie 4.0« und den sich damit abzeichnenden grundlegenden Transformationsprozessen positionieren können. ++

++ Familienarbeitszeit »reloaded«: Neuen Schwung in die Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bringt eine Studie mit alternativen Modellen für die Ausgestaltung der Familienarbeitszeit. Ursprünglich sieht das Konzept eine Lohnersatzleistung vor, wenn beide Partner ihre Arbeitszeit jeweils auf 32 Wochenstunden reduzieren. In der von der FES beauftragten Studie berechneten Ökonomen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die Arbeitsmarkteffekte und Kosten eines Arbeitszeitkorridors zwischen 28 und 32 Stunden sowie einer Pauschalleistung in Höhe von 250 Euro statt einer Lohnersatzleistung. ++

↓ http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.518851.de/diwkompakt_2015-105.pdf

++ Armin Mueller-Stahl genießt sichtlich das große Publikumsinteresse in der Georg-Friedrich-Händel-Halle in Halle (Saale). Auf Einladung der FES beschrieb der weltweit gefragte Schauspieler vor den 1.000 Gästen den starken Einfluss, den seine Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen Verwerfungen auf seine künstlerische Arbeit hat. ++ (Foto: Rayk Weber)



++ Leipzig gehört seit einigen Jahren zu den am stärksten wachsenden Städten Deutschlands. Allein 2015 lag der Zuwachs bei 16.000 Einwohner_innen. Die Arbeitslosigkeit sank auf ein Rekordtief. Oberbürgermeister Burkhard Jung, Uni-Rektorin Prof. Dr. Beate Schücking und IHK-Vize Andreas Heilmann sprachen im Rahmen einer Podiumsdiskussion in der Reihe »Mitteldeutscher Wirtschaftsdialog« Ende November über die Leipziger Perspektiven im deutschen und europäischen Kontext. ++

++ »Schule und die Frage der Inklusion in Bayern«: Am 26. November 2015 stellten Prof. Carmen Dorrance und Prof. Clemens Dannenbeck das aktuelle PolicyPaper des BayernForums zum Thema vor. Die Forderungen nach mehr und besser qualifiziertem Personal bei zugleich besserer finanzieller Ausstattung bekräftigten die rund 60 Gäste aus Wissenschaft, Politik, Schule, Verwaltung und Gesellschaft: »Schule für alle«, so der Tenor, brauche multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften und unabhängige Beratung! ++



++ Der FES-Vorsitzende Kurt Beck besuchte im Herbst 2015 den Iran. In Teheran und Isfahan führte er Gespräche mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Gesellschaft, darunter Hadi Soleimanpour, iranischer Vize-Außenminister und Leiter des Center for International Research and Education (im Bild). Mit dem Institute for Political and International Studies, einem dem iranischen Außenministerium zugeordneten Think Tank, wurde eine für zwei Jahre geltende Kooperationsvereinbarung zu den Themen Iranisch-Deutsche Beziehungen, Außenpolitik, Internationale Zusammenarbeit sowie Nachhaltigkeit und Energiepolitik abgeschlossen. ++ (Foto: FES)



++ Kurz nach der »Samtenen Revolution« eröffnete die FES als erste politische Stiftung ihre Büros in Prag und Bratislava. Deren 25-jähriges Bestehen wurde Mitte September gebührend in Prag gefeiert: Im Rahmen der seit fünf Jahren bestehenden Akademie für Soziale Demokratie, an der jedes Jahr ca. 25 junge tschechische und slowakische Multiplikator_innen ein Diplom erwerben, sprachen Ministerpräsident Bohuslav Sobotka, der Vorsitzende des Nationalrats der Slowakischen Republik, Peter Pellegrini, und Ministerpräsident a. D. und Mitglied des Vorstands der FES, Matthias Platzeck. ++ (Foto: Stanislav Pecháček)

++ Die Berichterstattung über die Region, das eigene Lebensumfeld, die Heimat macht den großen Erfolg der dritten ARD-Programme beim Publikum aus. Die Podiumsgäste des 11. Mitteldeutschen Mediendialogs debattierten in Leipzig darüber, wie sie sich für die digitale Zukunft gerüstet sehen

und welche Erwartungen an sie gestellt werden. Gäste waren der MDR-Chefredakteur Stefan Raue, der sächsische Medienpolitiker Dirk Panter, der Medienkritiker Hans Hoff und der Potsdamer Kommunikationswissenschaftler Prof. Joachim Trebbe. ++

++ »In Würde leben – in Würde sterben!« war der Titel einer Diskussionsveranstaltung des FES-Regionalbüros Mainz, die kurz vor der Entscheidung des Bundestages gegen eine gewerbsmäßige Sterbehilfe stattfand. Als besonderer Impulsgeber war Franz Müntefering, Bundesminister a. D., eingeladen, der sich in der Vergangenheit wiederholt zu diesem Thema geäußert hatte. ++

++ Am 27. und 28. November 2015 fand in Bonn das erste »Barcamp« von und für Historiker_innen statt. Diese »Unkonferenz« kam ohne festes Tagungsprogramm und gebuchte Referent_innen aus, sie entwickelte sich spontan durch das Engagement und die Kreativität der rund 150 Teilnehmer_innen. In 25 Sessions ging es vom Einsatz digitaler Medien in Archiven und Museen bis hin zur höfischen Kultur im Mittelalter oder dem Phänomen »HisTourismus«. Das Archiv der sozialen Demokratie war mit einer Session zur New Labour History vertreten. Organisiert wurde das »hiscamp« von Open History e. V. Weitere Kooperationspartner waren neben der FES die Max Weber Stiftung und die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. ++

++ Zum Internationalen Tag der Kinderrechte fand am 19. und 20. November 2015 im Filmtheater am Friedrichshain das Kinderrechte-Filmfestival Berlin mit Unterstützung der FES statt. Produziert wurden die hier gezeigten Beiträge zu verschiedenen Kinderrechten im Rahmen mehrtägiger Workshops an Berliner Schulen. Mit Unterstützung erfahrener Medienpädagog_innen konnten die Schüler_innen hierbei von der Idee über den Dreh bis zum fertigen Kurzfilm alle Aufgaben vor und hinter der Kamera übernehmen. Motto des Festivals in diesem Jahr: »Kinder auf Flucht«. ++

Leseempfehlungen



Hier finden Sie
sämtliche aktuelle
Publikationen
der FES

FORUM BERLIN



FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT



NETZWERK BILDUNG



WISO DIREKT



WISO-DISKURS



Globale Politik und Entwicklung



INTERNATIONALE POLITIKANALYSE

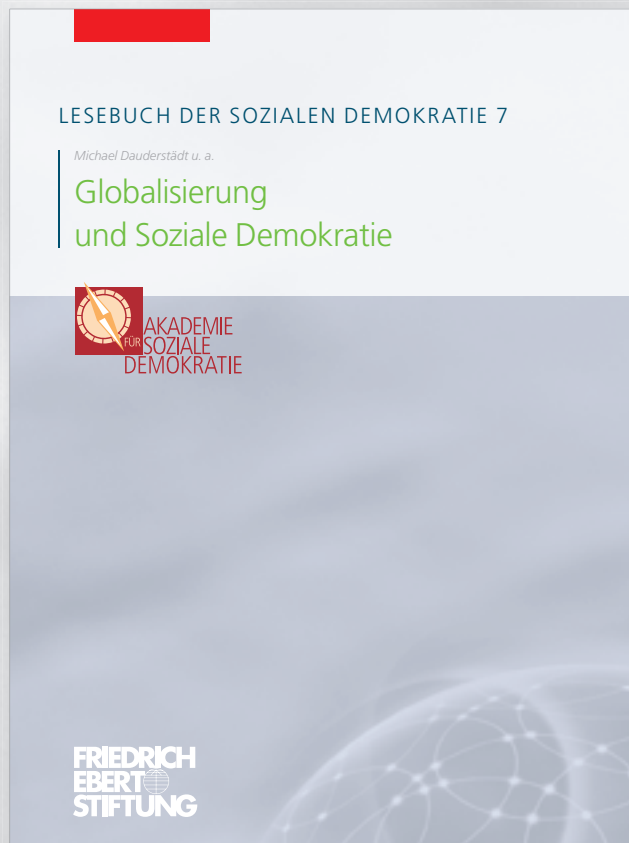


MANAGERKREIS



Lesebücher der Sozialen Demokratie

Band 7: Globalisierung und Soziale Demokratie



Haben technische Neuerungen und Öffnung der Grenzen die Welt tatsächlich kleiner gemacht? Oder ist sie vielmehr unübersichtlicher und unberechenbarer geworden? Wie steht es um Fragen zu globaler Armut, Finanzmärkten, Umweltpolitik und Migration? Wie kann die Globalisierung sozial und gerecht gestaltet werden? Und sind Globalisierung, Nationalstaat und Demokratie vereinbar? Das neue Lesebuch der Akademie für Soziale Demokratie bietet einen Kompass für diese Fragen.

Michael Dauderstädt u.a.
Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung • Abteilung Politische Akademie
Reihe Lesebücher der Sozialen Demokratie, Bd. 7 • 160 Seiten, broschiert
5,00 Euro • ISBN 978-3-95861-374-4

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Kontaktinformationen

Bestellungen: Telefon: 0228 / 883 7122

E-Mail: info@fes-soziale-demokratie.de

Informationen zur Reihe unter:

www.fes-soziale-demokratie.de/lesebuecher.html

www.fes-soziale-demokratie.de



MOHAMMAD ABU RUMMAN

ICH BIN SALAFIST

Selbstbild
und Identität
radikaler Muslime
im Nahen
Osten

Mohammad Abu Rumman

ICH BIN SALAFIST

Selbstbild und Identität radikaler Muslime im Nahen Osten

Aus dem Arabischen von Günther Orth

240 S. | Broschur | 19,90 Euro | ISBN 978-3-8012-0474-7

Der jordanische Soziologe Mohammad Abu Rumman untersucht in Interview und Gesprächen Selbstbild und Lebenswirklichkeit junger Salafisten im Nahen Osten. Das Buch stellt den Salafismus in den Kontext seiner positiven wie negativen Entstehungsbedingungen und analysiert ihn aus sozio-politischer Perspektive.



DIETZ

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. – www.dietz-verlag.de

DIETZ